

# DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. | [www.duh.de](http://www.duh.de)

4|2022



## Jahresbericht 2022

Zahlen und Fakten  
aus unserer Arbeit

Ziele und  
Erfolge der DUH

Interview  
und Ausblick



Foto: Heidi Scherm

Prof. Dr. Harald Kächele,  
Bundesvorsitzender  
Deutsche Umwelthilfe e.V.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

2022 ist die Welt im Krisenmodus, es ist ein Jahr politischer Versäumnisse und verpasster Chancen im Umwelt- und Klimaschutz. Die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise hätte eine Zeitenwende für den Ausbau Erneuerbarer Energien und den Klimaschutz einleiten können. Stattdessen zementiert die Regierung den Weg in neue, langfristige fossile Abhängigkeiten und Sackgassen. In der Klimapolitik klaffen Anspruch und Wirklichkeit weiter denn je auseinander. Unsere politische Arbeit und öffentlicher Protest haben dafür gesorgt, dass die für die Energiesicherheit unnötigen Flüssigerdgas-Terminals auf den Prüfstand kommen und die Behörden die Naturschutzgesetze beim Bau besser berücksichtigen. Wir kämpfen weiter für Wärmepumpen, eine Solar-Offensive, mehr Windkraft, weniger Energieverbrauch und den Stopp fossiler Projekte.

Riesige CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale liegen in der längst überfälligen energetischen Sanierung von Gebäuden, sie dient nicht nur dem Klima, sondern verhindert explodierende Energiekosten und damit Energiearmut. Wir machen uns auch stark für kurzfristig wirksame Maßnahmen: Das von uns geforderte Tempolimit ist kostenloser Klimaschutz, vermeidet Verkehrstopfer und reduziert die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus Russland.

Zu den Erfolgen dieses Jahres zählt die Durchsetzung des bundesweit gültigen Deutschlandtickets im Nahverkehr als ein wichtiger Schritt in Richtung einer Verkehrswende. Unsere Vorschläge zum Natürlichen Klimaschutz haben in das Regierungsprogramm Eingang gefunden. Klimaschutz und Biodiversität gehören eng zusammen. Denn nur intakte Ökosysteme können einen Beitrag leisten, die Folgen der Erderwärmung zu mindern und gleichzeitig das Artensterben bremsen.

Hinsichtlich der Lieferketten konnten wir auf EU-Ebene einen Teilerfolg im Kampf gegen globale Abholzung erringen: Künftig müssen Unternehmen Waldzerstörung für bestimmte Produkte ausschließen, bevor sie auf den EU-Markt gelangen.

Erneut unterstützen wir junge Menschen bei einer „Klimaklage“. Wir haben erreicht, dass die Beschwerde schon bald vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt wird. Auch künftig werden wir überprüfen, ob der Staat seine eigenen Gesetze befolgt.

Lassen Sie uns im kommenden Jahr gemeinsam die Zeitenwende für den Klimaschutz durchsetzen. Mit Ihnen wird es uns gelingen, politische Fehlentwicklungen sozial gerecht in die richtigen Bahnen umzulenken, Natur und Biodiversität zu stärken und die Treibhausgase wirkungsvoll zu senken.

Bleiben Sie zuversichtlich!

Ihr

*Harald Kächele*

<b>Editorial</b>	<b>2</b>
<b>Interview mit der Bundesgeschäftsführung: Große Herausforderungen, größere Stärke</b>	<b>4</b>
<b>Saubere Luft ist ein Grundrecht</b>	<b>10</b>
Doppel-Erfolg für den Umweltschutz	11
Wir liefern belastbare Argumente für die Verkehrswende	11
<b>Kommunen für Klimaschutz und -resilienz</b>	<b>12</b>
Schmetterlinge zählen!	13
Schulhöfe – Booster für Klimaanpassung und grüne Lernorte	13
<b>Landschaften als Klimaschützer</b>	<b>14</b>
Agrarwende mit Licht und Schatten	15
Weniger Waldzerstörung in Lieferketten	15
<b>Mit der sozial-ökologischen Wärmewende aus der Gasfalle</b>	<b>16</b>
Wir wehren uns gegen den fossilen Lock-In!	17
Meilenstein für Klimaschutz in der Energiewirtschaft	17
<b>Müllvermeidung muss zum Standard werden</b>	<b>18</b>
Ökologische Bauwende – jetzt!	19
Wir sind Treiber für umweltfreundliche Batterien	19
<b>Klimaneutral oder Greenwashing – wir hinterfragen Werbung</b>	<b>20</b>
DUH setzt durch: Handel muss Elektrokleingeräte zurücknehmen	21
Weg mit den Stromfressern!	21
<b>Jubel, Freudentränen, Mut-Macher</b>	<b>22</b>
<b>Venture and Nature Fund stellt Weichen</b>	<b>23</b>
<b>In Zahlen: Biodiversität ist wichtig für den Klimaschutz – und umgekehrt</b>	<b>24</b>
<b>Finanzen – unabhängig und transparent</b>	<b>26</b>
<b>Nachhaltig voran</b>	<b>30</b>
<b>Vielen Dank: Gemeinsam bleiben wir dran!</b>	<b>32</b>
<b>Ihre Patenschaft fürs Klima wirkt</b>	<b>33</b>
<b>Das Team der DUH</b>	<b>34</b>
<b>Termine: Mitgliederversammlungen</b>	<b>35</b>
<b>Impressum</b>	<b>35</b>

Fotos (v. o.): IMAGO/Lichtgut (o), Robert Lehmann (M., L.), Polina Schneider (M., r.), Candy Welz (u)



**Titel**  
Klimastreik in Berlin:  
Unsere Forderung nach besserem Klima-  
schutz tragen wir auch auf die Straße.  
Foto: Erdmann/DUH

# Große Herausforderungen, größere Stärke

2022 war ein Jahr der multiplen Krisen: Der Krieg in der Ukraine und die Energiepreiskrise haben Europa und Deutschland erschüttert – Klimakrise und Biodiversitätskrise verschärfen sich weiter – die Corona-Pandemie ist immer noch präsent. All das hat direkte, gewaltige Auswirkungen auf Natur, Umwelt, Klimaschutz und die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe. Die Bundesgeschäftsführung mit Jürgen Resch, Barbara Metz und Sascha Müller-Kraenner (v. l.) zieht im großen Jahresinterview dennoch eine kämpferische und in vielen Punkten positive Bilanz der DUH-Arbeit.



## Wie hat sich dieses krisengeplagte Jahr auf die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe ausgewirkt?

**Sascha Müller-Kraenner:** Wir haben uns das Jahr natürlich anders vorgestellt. Es sollte ein Jahr des Aufbruchs sein – sowohl für den Klimaschutz als auch für die erneuerbaren Energien und den Naturschutz. Das ist es leider nicht geworden. Stattdessen nahm Deutschland Kohlekraftwerke wieder ans Netz und im Eiltempo wurden LNG-Terminals gebaut. Wir befinden uns daher heute in Abwehrschlachten gegen klimaschädlichen Aktionismus und versuchen, entgegen aller Widerstände, genug von der klimapolitischen Agenda über die aktuellen Krisen hinauszuretten. Das gilt für viele Vorhaben in ganz unterschiedlichen Bereichen. Beispielsweise auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik, in dem es jetzt darum geht, trotz gestiegener Lebensmittelpreise, oder vielleicht auch gerade deswegen, auf eine andere Art von Landwirtschaft zu setzen – mit weniger Anbau von Agrokraftstoffen, weniger Lebensmittelverschwendung und mehr Tierwohl.

**Barbara Metz:** Insbesondere als der Krieg in Europa ausgebrochen ist, waren wir alle sehr geschockt. Ich dachte damals aber gleichzeitig: Jetzt bricht auch die Zeit für echten Klimaschutz an. Denn die Lösungen für die aktuelle Energiepreiskrise sind dieselben, die wir auch in der Klimakrise dringend benötigen: Wir müssen massiv Energie sparen und Energieunabhängigkeit erreichen, indem wir selbst saubere, erneuerbare Energie erzeugen. Aber stattdessen erleben wir einen Rollback in Sachen Klimaschutz und zwar an sehr vielen Stellen. Zum Beispiel im Gebäudebereich ist ganz offensichtlich: Wir müssen unbedingt die Bestandsgebäude sanieren, damit vor dem Hintergrund explodierender Energiekosten

Menschen mit niedrigem Einkommen langfristig entlastet werden und der Klimaschutz vorankommt.

In unserer Arbeit müssen wir nun verstärkt klarmachen, dass uns Klimaschutzmaßnahmen gleichzeitig klimapolitische Unabhängigkeit verschaffen. Es ist im vergangenen Jahr nicht einfacher geworden, das müssen wir leider ganz klar feststellen. Aber wir kämpfen dafür, dass die Klima- und Biodiversitätskrise nicht in Vergessenheit geraten und endlich konsequent angegangen werden.

**Jürgen Resch:** Wir erlebten im letzten Jahr, dass die Menschen in Deutschland noch stärker auf die Zivilgesellschaft hoffen. Denn auch in der Politik hat sich etwas radikal verändert. Wir hatten 16 Jahre lang eine starke ökologische Opposition im Bundestag: Die Grünen und auch einige Abgeordnete der Linken haben über 16 Jahre in Ausschussvorsitzen den Ressortministern und –ministerinnen von FDP, SPD und CDU/CSU Paroli geboten. Sie haben kleine und große Anfragen gestellt und dafür gesorgt, dass es kritisches Hinterfragen oder sogar Sonderausschüsse gibt. Seit einem Jahr gibt es keine ökologische parlamentarische Opposition mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir unabhängige Naturschutzverbände haben, die das politische Geschehen kritisch begleiten, kommentieren und gegebenenfalls dagegen vorgehen.

Denn momentan werden wieder zunehmend Entscheidungen gegen Klimaschutz, Luftreinhaltung und andere Aspekte des Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzes getroffen.

### Wie fällt das Zwischenfazit nach dem ersten Jahr der neuen Bundesregierung aus?

**Jürgen Resch:** Mich persönlich hat es sehr überrascht, dass eine von den Grünen mitgeführte Bundesregierung in der Energiepreiskrise nicht an allererster Stelle überlegt: Wo kann ich einsparen? Wie kann ich effizienter mit Energie, Ressourcen und Rohstoffen umgehen? Denn man hätte an ganz vielen Stellen mit großem Verständnis der Bevölkerung konkrete Maßnahmen einleiten und in Richtung Klimaschutz umsteuern können. Allein die Einführung eines Tempolimits kann 9,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen. Dienstwagen-Förderungen könnten wie in Frankreich an die Einhaltung der EU-Emissions-Grenzwerte und eine Obergrenze von 30.000 Euro gebunden werden. Während in den Koalitionsverhandlungen noch die Rede von 15 Millionen reinen Elektroautos bis 2030 war, kassierte Herr Wissing das Ziel nur wenige Monate später ein und gab die neue Marschroute vor: 15 Millionen Autos mit Elektromotor – klimaschädliche Plug-In-Hybride inklusive. Das entspricht einer glatten Halbierung der Ziele.

„ Die Dächer der öffentlichen Gebäude in Deutschland, die für Solarenergie infrage kommen, sind nur zu vier Prozent mit Photovoltaik-Anlagen belegt. Hier wird ein Riesenpotenzial einfach nicht ausgeschöpft.

Barbara Metz

Außerdem erleben wir gerade, dass weiterhin massiv Straßen gebaut werden, während die Elektrifizierung im Schienenbereich quasi stillsteht und die Bahn in immer größere Zuverlässigkeits- und Kapazitätsprobleme hineinrauscht. Gleichzeitig werden Milliarden in neue fossile Infrastrukturen investiert. Wir sehen hier ein klares Auseinanderklaffen: Dort wo es um fossile Energien geht, werden sehr schnell Infrastruktur-Entscheidungen getroffen. Dort wo es in Richtung erneuerbare Energien und Effizienz gehen sollte, bleibt es im Wesentlichen bei Ankündigungen und, wenn überhaupt, sehr langsamen Umsetzungen.

**Barbara Metz:** Es reicht einfach nicht, den Menschen Energiespartipps für zu Hause mitzugeben. Von einer Bundesregierung mit grüner Beteiligung erwarte ich mehr. Ich bin enttäuscht und erschrocken darüber, wie wenig hier bisher passiert ist.

Die aktuelle Bundesregierung hat es im letzten Jahr geschafft, die Förderbedingungen für energetische Gebäudesanierung sogar noch zu verschlechtern. Und das obwohl der Gebäudesektor bereits zweimal in Folge seine Klimaziele verfehlt hat. Wir können es uns in diesem Bereich nicht leisten, weiterhin die dringend benötigten Sanierungen zu verschlafen. Gerade aufgrund der langen Zyklen, die im Gebäudesektor nun mal vorhanden sind, ist es wichtig, jetzt zu handeln und nicht erst 2030 damit anzufangen. Ganz ähnlich sieht es bei der Kreislaufwirtschaft aus.



Wir kommentieren das Osterpaket von Wirtschaftsminister Habeck und fordern ein Einbauverbot für Gasheizungen im Neubau, ausreichende Förderung für Sanierung und verpflichtende Effizienzvorgaben.

Obwohl das Verpackungsaufkommen in Deutschland weiterhin wächst, bewegt sich hier gesetzlich kaum etwas. Dabei bräuchte es zum Teil nur kleine Anpassungen – zum Beispiel für die Einführung einer bundesweiten Einweg-Verpackungssteuer, die in Tübingen bereits stark zur Müllreduktion beigetragen hat.

Ein weiterer Punkt ist, dass viel zu wenig über die Erzeugung dezentraler erneuerbarer Energien gesprochen wird. Die Dächer der öffentlichen Gebäude in Deutschland, die für Solarenergie infrage kommen, sind nur zu vier Prozent mit Photovoltaik-Anlagen belegt. Hier wird ein Riesipotenzial einfach nicht ausgeschöpft, weil sich die Bundesregierung offensichtlich zu wenig dafür interessiert. Und das Argument, dass keine Handwerkerinnen und Handwerker da sind, die das umsetzen können, lasse ich an dieser Stelle einfach nicht mehr gelten. Wir müssen jetzt verbindlich mit dem Ausbau starten, damit die herstellende Industrie Planungssicherheit hat.

**Sascha Müller-Kraenner:** Das Zwischenfazit ist mit Blick auf die ursprünglichen Ambitionen der Koalition natürlich umso schmerzlicher. Statt einer Klimaregierung sehen wir Politikerinnen und Politiker, die überall nach neuen fossilen Gas- und Ölquellen suchen. Auch in anderen umweltrelevanten Bereichen hatte sich die Regierung viel vorgenommen: Eine Offensive für den Naturschutz und vor allem für den natürlichen Klimaschutz. Die Bilanz fällt auch hier bestenfalls gemischt aus. Natürlich hat die Regierung mit multiplen Krisen zu tun, aber das darf keine Entschuldigung sein. Nach einem Jahr Ampel-Regierung müssen wir leider feststellen: Fragen der Energiesicherheit und der hohen Energiepreise stehen sehr stark im Vordergrund, der Klimaschutz hingegen fällt hinten runter.

Ich würde mir wünschen, dass gerade die Grünen öfter mit ihren Koalitionspartnern in den Konflikt gehen und die Dinge, die sie sich in den Bereichen Klima- und Umweltschutz vorgenommen haben, durchkämpfen. Denn wir brauchen jetzt dringend wirksame Maßnahmen. Der Klimaschutz ist ganz sicher auch ein wichtiges Argument für viele Wählerinnen und Wähler. Daher bin ich überzeugt davon, dass es auch seitens der Bevölkerung nach wie vor hohe Erwartungen an die Regierung gibt. Wir hoffen und kämpfen dafür, dass es in den nächsten Jahren besser wird.

**Jürgen Resch:** Wenn ich einen Punkt noch ansprechen darf, der mich ganz besonders in diesen Momenten umtreibt: Ich mache mir derzeit große Sorgen um die junge Generation, um die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit Fridays for Future über Monate begeistert die größten Demonstrationen für den Umwelt- und Klimaschutz in der Geschichte Deutschlands veranstaltet haben. Denn sie müssen sich plötzlich fragen: Das war nichts? Im politischen Handeln bewegen wir überhaupt nichts? Natürlich wird da bei vielen die Verzweiflung größer, denn mit den bisherigen Demonstrations- und Aktionsformen kommen wir offensichtlich nicht weiter. Nach dem Scheitern der UN-Klimakonferenz in Sharm el Sheik muss die Politik sich endlich bewegen.

### Trotz der schwierigen politischen Situation hat die Deutsche Umwelthilfe auch im vergangenen Jahr einige Erfolge feiern können. Was waren die Highlights 2022?

**Jürgen Resch:** Zum einen erkennt die Bevölkerung, dass es so nicht weitergeht, und zieht bei vielen Themen wie Tempo 30, Pop-Up-Radwegen oder Stromsparen grandios mit. Die Politik



Im Mai 2022 vor dem Landwirtschaftsministerium: Die Deutsche Umwelthilfe und foodsharing setzen mit krummem Gemüse ein Zeichen gegen Lebensmittelverschwendung.



Foto: Abert/DUH



Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz und Prof. Dr. Remo Klinger, Rechtsanwalt der DUH, antworten nach einem Klimaklage-Verfahren auf Fragen von Medienvertretern.

allerdings nicht. Deswegen muss ich hier pointiert antworten. Für mich ist das absolute Highlight des Jahres, dass die Gerichte mehr und mehr die Lücken der Politik füllen. Im November haben wir vor dem Europäischen Gerichtshof eine Grundsatzentscheidung im Verbraucherschutz erreicht für über fünf Millionen betrogene Diesel-Besitzer und noch viel mehr Menschen, die diese vergiftete Luft einatmen müssen. Nach diesem Urteil kann sich auch die Bundesregierung nicht weiter aus der Affäre ziehen. Schon einen Tag später hat das zuständige deutsche Gericht den Staffelstab übernommen und uns zugesichert, dass der Beschluss bereits am 20. Februar 2023, also nur drei Monate später, auch in der deutschen Rechtsprechung Berücksichtigung finden soll. In solchen Momenten bin ich tief dankbar, dass hier die Demokratie und die Gewaltenteilung noch funktionieren. Durch unsere gewonnene Klimaklage vor dem Verwaltungsgerichtshof können wir das Land Baden-Württemberg jetzt etwa dazu zwingen, sein eigenes Klimaschutzgesetz einzuhalten und konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das sind auf der einen Seite natürlich Highlights, bei denen wir große Wirkung erzielen. Auf der anderen Seite finde ich es aber beschämend, dass wir einen Staat, der ver-

antwortlich ist für die Einhaltung von Recht und Gesetz, zwingen müssen, seine eigenen Gesetze zu beachten. Wie soll denn der Bürger und wie sollen denn Industrieunternehmen Respekt haben vor Umweltgesetzen, wenn der Staat sich hier nach dem Motto „legal, illegal, scheißegal“ verhält. Solange der Deutsche Bundestag es nicht schafft, klimapolitische Weichen entgegen der Interessen einiger internationaler Konzerne zu stellen, brauchen wir die Gerichte, die Öffentlichkeit und wahrscheinlich auch die Straße mit den jungen Menschen, die für ihre Zukunft kämpfen. Und wir versuchen mit unseren Instrumenten dabei rechtlichen Beistand zu gewähren. Bis jetzt extrem erfolgreich – und ich hoffe, dass das im nächsten Jahr so bleibt.

**Barbara Metz:** Auf dem juristischen Weg erreichen wir letztendlich die dringend nötige Ernsthaftigkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung mit unseren Themen. Das macht sich auch auf unseren Veranstaltungen bemerkbar. Auf verschiedenen Konferenzen, Tagungen und Symposien haben wir im letzten Jahr enormen Zulauf

erlebt. Immer mehr Menschen wenden sich an uns und wollen gemeinsam für den Umwelt- und Klimaschutz kämpfen sowie ganz konkrete Maßnahmen voranbringen. Trotz aller Schwierigkeiten konnten wir so im letzten Jahr einige Projekte erfolgreich ab-

„ Die Bevölkerung zieht bei vielen Themen wie Tempo 30, Pop-Up-Radwegen oder Stromsparen grandios mit. Die Politik allerdings nicht. Für mich ist das Highlight des Jahres, dass die Gerichte mehr und mehr die Lücken der Politik füllen.

*Jürgen Resch*

schließen und andere schon für die kommenden Jahre anstoßen. Zu nennen ist hier zum Beispiel das Plastiktütenverbot, für das wir uns stark eingesetzt hatten. 2022 wurde es endlich eingeführt und verringert so das Einweg-Müllaufkommen enorm. Im Sommer konnten wir nach Jahren endlich erreichen, dass 17 von 18 Vereinen der Ersten Fußballbundesliga der Männer auf Mehrwegbecher in ihren Stadien setzen. Und auch mit dem Bündnis für bezahlbaren Wohnraum konnten wir im Bereich Gebäudepolitik massive Angriffe der Immobilienindustrie erfolgreich abwehren. Und wir haben ganz aktiv und direkt die Energiekostenkrise bekämpft mit dem Start unserer Offensive für Balkonkraftwerke, die jetzt richtig Fahrt aufnehmen soll.

**Sascha Müller-Kraenner:** Wir hatten im vergangenen Jahr außerdem wieder sehr ausdrucksstarke Aktionen und Kampagnen, beispielsweise im Wattenmeer zusammen mit anderen Naturschutzverbänden in Schleswig-Holstein. Gemeinsam haben wir auf den Skandal hingewiesen, dass es seit Jahrzehnten eine Ölplattform mitten im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer gibt: die Plattform Mittelplate, betrieben vom größten deutschen Öl- und Gas-Unternehmen Wintershall Dea. Das ist eine ökologische Zeitbombe, die jederzeit hochgehen kann. Wir waren vor Ort und haben dafür protestiert,

dass die einzigartige Natur des Wattenmeeres vor dieser Bedrohung geschützt und die Förderung von fossilem Öl beendet werden muss.

„ Die Regierung hatte sich eine Offensive für den natürlichen Klimaschutz vorgenommen. Die Bilanz fällt auch hier bestenfalls gemischt aus. Natürlich hat die Regierung mit multiplen Krisen zu tun, aber das darf keine Entschuldigung sein.

Sascha Müller-Kraenner

Zur Fußball-Weltmeisterschaft der Männer – die aus vielen Gründen problematisch ist – fand eine weitere Kampagne statt, auf die ich sehr stolz bin. Wir haben auf ein mit ihr eng zusammenhängendes Problem hingewiesen, das es leider nur selten in die öffentliche Wahrnehmung schafft. Einer der größten Treiber für Entwaldung in tropischen Ländern wie Brasilien ist die Lederproduktion. Für die Rinderhaltung werden riesige Waldflächen illegal abgeholzt und weltweit wichtige Ökosysteme zerstört. Das Leder wird in die ganze Welt weiterverkauft und landet unter anderem auch in den Schuhen der Sportartikelhersteller Adidas und Nike. Wir haben vor der WM eine Kampagne gestartet, um klarzumachen: Leder aus illegaler Entwaldung hat in unserer Sportbekleidung nichts zu suchen. Besonders in den sozialen Medien waren wir damit sehr präsent und haben

auch mit brasilianischen Partnern zusammengearbeitet, die diese Skandale unter höchstem persönlichen Risiko aufgedeckt haben.

**Was erwartet uns 2023?**

**Barbara Metz:** Im kommenden Jahr werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien endlich vorankommt und eine große Solaroffensive starten.



Zum WM-Start in Katar fordern die Deutsche Umwelthilfe und der Fußballverein FFC Olympia entwaldungsfreie Leder-Lieferketten bei Nike und Adidas.



Vor dem Berliner Kraftwerk in Moabit: Die DUH und befreundete Verbände protestieren gegen die Pläne von Vattenfall, Kohlekraftwerke auf Holz- und Gasverbrennung umzurüsten. Stattdessen soll der Energiekonzern ausschließlich in erneuerbare Energien investieren.

Mit unserer Arbeit wollen wir für die nötige Sichtbarkeit des Themas sorgen. Auch in der Gebäudepolitik ist 2023 ganz maßgeblich, denn mit dem Gebäudeenergiegesetz wird das Herzstück des Bereichs novelliert. Wir werden uns massiv für ambitionierte Effizienzziele und einen Sanierungsschub für öffentliche Gebäude wie Schulen und Kindergärten einsetzen. In Sachen Verpackungsmüll werden wir ebenfalls anstehende Gesetzesänderungen kritisch begleiten und Lösungen vorschlagen. Ich bin überzeugt davon, dass wir in allen Bereichen mit unserer Expertise Druck aufbauen können.

**Sascha Müller-Kraenner:** Wir wollen im Jahr 2023 eine echte Wende zum Klimaschutzjahr erreichen und die Regierung dazu bringen, tatsächlich eine Klimaschutzregierung zu werden. Dafür werden wir eigene Vorschläge zum schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien voranbringen und weiterhin gegen die unverhältnismäßige Flut von LNG-Terminals kämpfen. Denn Notfallmaßnahmen müssen auch solche bleiben. Damit auf keinen Fall noch mehr fossile Gasförderungen über die kommenden Jahrzehnte geschaffen werden, werden wir auch eine Reihe von Projekten juristisch anfechten. Deutschlands Hunger nach fossilem Gas und Öl hat schließlich nicht nur fatale Klimaauswirkungen, sondern hinterlässt auch in anderen Teilen der Welt einen immensen Fußabdruck. Unter anderem aufgrund des Einsatzes von Bundeskanzler Olaf Scholz wird beispielsweise im afrikanischen Senegal nach neuem Gas gebohrt – übrigens in einem Meeresbiosphären-Reservat. Auf der Klimakonferenz in Sharm el Sheik haben wir deswegen mit Fridays for Future und anderen NGOs die „Senegal-Germany People’s Alliance for Climate Justice“ gegründet. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen vor Ort wollen wir dafür sorgen, dass im Senegal und weiteren Ländern anstelle der fossilen Ausbeutung die Transformation zu einer klimaneutralen Zukunft vorangebracht wird.

Ein weiteres Thema, das uns 2023 stark beschäftigen wird, sind nachhaltige Lieferketten. Neben unserem Einsatz für die entwaldungsfreie Produktion von Soja, Palmöl und Leder werden wir nun auch verstärkt für saubere Lieferketten in der Photovoltaik-Industrie kämpfen. Hier bekommen wir sehr viele Rohstoffe und Vorprodukte aus sehr problematischen Regionen – vor allem aus China, teilweise hergestellt in Zwangsarbeit.

**Jürgen Resch:** Grundsätzlich erwarte ich in 2023, dass wir uns als Umweltverbände freischwimmen und keine Wurmfortsätze irgendwelcher Teile der Regierung sind, sondern dass wir parteipolitisch neutral den Finger in die Wunde legen. Wir müssen wirkmächtig die Politik dazu bringen, die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz, den Artenschutz und saubere Luft zu ergreifen. Dort wo es uns politisch nicht gelingt, müssen wir zunehmend den Weg über kreative öffentliche Aktionsformen und schließlich die Anrufung von Gerichten gehen. Ich finde es sehr schlimm, dass Regierungspolitiker und -politikerinnen offensichtlich nicht mehr die Kraft haben, sich gegen die Interessen der Automobilindustrie, der Energiewirtschaft und der chemisch-pharmazeutischen Industrie durchzusetzen. Im letzten Jahr schien es unmöglich, Recht und Gesetz in diesen Bereichen politisch durchzusetzen. Hier werden wir weiter darauf angewiesen sein, dass die Gerichte die Politik dazu verurteilt, ihre Gesetze einzuhalten.



Das Interview führte  
Steffen Preuninger, Projektassistent  
Presse und Kommunikation



» Solange die Luftqualitätsrichtwerte der WHO so deutlich überschritten werden, missachtet der Staat seine Schutzverantwortung gegenüber den Menschen. «

Anna-Lena Franke,  
Referentin EU-Politik,  
Verkehr &  
Luftreinhaltung



## Saubere Luft ist ein Grundrecht

Im Jahr 2022 haben wir die Initiative Clean Air 2.0 gestartet: Auf verschiedenen Ebenen machen wir uns damit für eine gute Luftqualität stark. Es geht um nicht weniger als die menschliche Gesundheit.

**E**rst jetzt, über zehn Jahre nach Inkrafttreten, hat die Luftqualität fast flächendeckend die gesetzlichen Anforderungen erreicht. Der Bund und etliche Bundesländer hatten effektive Luftreinhaltemaßnahmen lange verschleppt. In vielen Städten haben erst unsere Klagen saubere kommunale Bus- und Fahrzeugflotten sowie bessere ÖPNV- und Fahrrad-Infrastruktur initiiert und so zu Sauberer Luft geführt. Allerdings sind die derzeit gültigen Luftschadstoffgrenzwerte angesichts des aktuellen Wissensstands überholt.

Allein in Deutschland können 28.900 vorzeitige Todesfälle aufgrund von Feinstaub, 10.000 aufgrund von Stickstoffdioxid und 4.600 aufgrund von Ozon pro Jahr vermieden werden, wenn die neuen Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO eingehalten werden würden. Zu den gesundheitlichen Belastungen durch Luftschadstoffe gibt es seit der Festsetzung der

Grenzwerte neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Auf diese hat die WHO 2021 mit drastisch verschärften Empfehlungen für die Luftqualitätsstandards reagiert. Unter anderem seien die Belastung durch Feinstaub- und Stickstoffdioxidmissionen zu hoch.

Angesichts der bislang zögerlichen Luftreinhaltepolitik haben wir die Initiative Clean Air 2.0 gestartet. Unser Ziel: Die WHO Empfehlungen sollen bis 2025 bindendes Recht und in der Realität schnellstmöglich erreicht werden. Wir kämpfen für strengere Grenzwerte, aber auch eine bessere Überwachung der Luftqualität sowie für geeignete Maßnahmen, die eine tatsächliche Verbesserung für die Menschen vor Ort bewirken. Parallel dazu treiben wir das Recht auf Saubere Luft voran: Auch 2022 haben wir in weiteren Städten dank gerichtlicher Vergleiche konkrete Verkehrswende-Maßnahmen ausgelöst. Unsere Initiative Clean Air 2.0 tritt

zudem für Maßnahmen in allen relevanten Sektoren wie Landwirtschaft, Holzfeuerung und Verkehr ein.

Nicht erst seit der Veröffentlichung der WHO-Empfehlungen ist die Bundesregierung verpflichtet, ihre im Grundgesetz verankerte Schutzverantwortung wahrzunehmen. Mit ihrer Wartehaltung in der Luftreinhaltung nimmt sie jedoch Risiken für die Gesundheit billigend

in Kauf. Sieben Betroffene haben daher, unterstützt von der DUH und ClientEarth, eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Sie wollen einen höchstrichterlichen Beschluss für das Grundrecht auf Saubere Luft erwirken, damit in ganz Deutschland zügig effektive Luftreinhaltemaßnahmen kommen.

## Doppel-Erfolg für den Umweltschutz

**U**nserer Klage gegen unwirksame Abgasreinigung bei Diesel-Kraftfahrzeugen trägt endlich Früchte: Mit seinem Urteil vom 8. November 2022 stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) fest, dass die Abschalt-einrichtungen rechtswidrig sind. Dies betrifft rund fünf Millionen Fahrzeuge.

Das Verkehrsministerium und das Kraftfahrtbundesamt haben das weitgehende Abschalten bei Wintertemperaturen bislang geduldet und müssen nun handeln. Wir verlangen Rückrufe beziehungsweise Stilllegungen der Betrugsdiesel mit Entschädigung der Halter anzuordnen, anderenfalls werden wir dies in den bereits anhängigen Klageverfahren durchsetzen.

Zugleich bestätigt das höchstrichterliche Urteil unsere Klagebefugnis gegen Typgenehmigungen des

Kraftfahrt-Bundesamtes. Obwohl diese Klageberechtigung seit fünf Jahren im EU-Recht verankert ist, hatten Deutschlands Behörden sie beschnitten. Nun muss das entsprechende Gesetz novelliert werden. Das ist ein juristischer Meilenstein und kommt auch anderen klageberechtigten Umwelt- und Verbraucherverbänden zugute. Künftig können sie über die Gerichte überprüfen lassen, ob Produktgenehmigungen die EU-Umweltnormen erfüllen. Darin sehen wir eine große Chance, dass NGOs gegen die Zulassung bestimmter Umweltgifte, beispielsweise Pestizide, vorgehen können. Wir haben sofort begonnen, dieses Feld zu beackern und halten Sie darüber auf dem Laufenden.



» Sieben Jahre nach Bekanntwerden des Skandals gibt es nun keine Ausreden mehr, um die Hersteller der Betrugsdiesel endlich in die Pflicht zu nehmen. «

Dorothee Saar,  
Leiterin  
Verkehr & Luftreinhaltung

## Wir liefern belastbare Argumente für die Verkehrswende

**B**ei Tempo 30 fließt der Pkw-Verkehr besser und ohne Zeitverluste, Luftschadstoffe nehmen ab. Das haben wir bei einer Untersuchung in Berlin festgestellt. Ebenso erfolgreich ist ein von uns initiiertes Pop-up-Radweg in der Hauptstadt: Der Radverkehr nahm um 63 Prozent zu, der Pkw-Verkehr ging um acht Prozent zurück. Auch unsere Arbeit zu Null-Emissionszonen und Verkehrslärm liefert Argumente für die zukunftsfähige Mobilität in Städten.

Neben Tempo 30 innerorts fordern wir Tempo 100 auf Autobahnen und 80 außerorts. Zudem brauchen wir den zügigen Ausbau des ÖPNV und der Schiene nach dem Vorbild der Schweiz. Bereits vor vier Jahren haben wir erstmals die Einführung eines bundesweiten

365-Euro-Klimatickets gefordert und freuen uns, dass das Konzept nun als Deutschlandticket ab 2023 kommt.

2021 hat der Verkehrssektor die im Klimaschutzgesetz festgelegten Emissionsgrenzen gerissen. Der überfällige und im Koalitionsvertrag versprochene Abbau der Diesel-, Luftfahrt- und anderer klimaschädlicher Subventionen fand nicht statt und fehlt nun auch als Finanzierungsbaustein für Mobilitätswende-Maßnahmen. Das „Klimaschutz-Sofortprogramm“ des Verkehrsministeriums liefert nicht einmal ein Zwanzigstel der rechtlich vorgeschriebenen CO<sub>2</sub>-Einsparungen bis 2030. Wir belassen es nicht bei Appellen, sondern haben im September Klage gegen die Bundesregierung eingereicht. Berlin schweigt dazu, wir bleiben laut.

Förderer:  
ICLEI Action Fund



» Gerade in baulich verdichteten Stadträumen müssen vorhandene Flächen neu verteilt werden, um mehr Platz für Grün, Aufenthaltsqualität und eine klimaschonende Nahmobilität zu schaffen. «

Markus Zipf,  
Leiter  
Kommunalen Umweltschutz



## Kommunen für Klimaschutz und -resilienz

Damit Städte und Gemeinden widerstandsfähiger gegen Klimaveränderungen werden, beraten und begleiten wir sie fachlich auf ihrem Weg in eine klimaresiliente Zukunft und sorgen dafür, dass gute Beispiele „Schule machen“.

**K**ommunen sind Schlüsselakteure, wenn es um Klimaanpassung geht. Deshalb beginnen wir oft im Kleinen – im Stadtquartier oder auf dem Schulhof. Mit dem Projekt „Quartiere lebenswert machen“ haben wir in Erfurt und Jena in enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadtforschung der Fachhochschule Erfurt, den Städten sowie mit dortigen Vertretern der Zivilgesellschaft Vorschläge zur Umgestaltung von zwei Stadtvierteln erarbeitet. Das zentrale Ergebnis ist auf alle Kommunen übertragbar: Gerade in baulich verdichteten Stadträumen müssen die vorhandenen Flächen neu verteilt werden. Es braucht schlicht mehr Platz für Grün, Aufenthaltsqualität und eine gesundheitsförderliche und klimaschonende Nahmobilität.

Mit unserer digitalen Veranstaltungsreihe „Kommunalwerkstatt“ bringen wir Fachleute aus Stadtverwaltungen und kommunalpolitisch Aktive zusammen. Die Praktiker vor Ort erhalten konkrete Anregungen zu Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilität, Stadtnatur oder umweltgerechter Quartiersentwicklung.

In unserem Stadtplanungs-Projekt „Multiply“ haben wir gemeinsam mit vier Kommunen quartiersbezoge-

ne Energiepläne erarbeitet, die konkrete Maßnahmen zum Energie- und CO<sub>2</sub>-Sparen enthalten. Sie stellen den ursprünglichen kommunalen Planungen alternative Versorgungsvarianten und Zielszenarien gegenüber und regen somit zum Umdenken in Richtung Treibhausgasneutralität an. So wurden in den Städten Böblingen und Kiel im Rahmen der Ausschreibung für zwei städtebauliche Wettbewerbe die Anforderungen für energetische Gebäudestandards und eine kohlenstoffarme Energieversorgung von Quartieren deutlich verschärft.

Mit „Solarenergie für den Balkon“ machen wir die Energiewende zu einem Mitmachprojekt für alle. Indem wir bestehende politische und administrative Hürden abbauen helfen, schieben wir die Verbreitung von steckerfertigen kleinen Solaranlagen an.

Es gibt noch viel zu tun. Auch 2023 werden wir die Klimaschutzanstrengungen von Städten und Gemeinden unterstützen – etwa im Rahmen eines Projektes, das Stadtquartiere gesünder und besonders für Kinder und Jugendliche „bewegungsfreundlicher“ machen will.

Förderer:  
Programm  
Horizont 2020 der EU;  
Thüringer Ministerium  
für Umwelt, Energie und  
Naturschutz

# Schmetterlinge zählen!

**D**ie intensive Landwirtschaft mit Überdüngung und massivem Pestizideinsatz und die Klimakrise zerstören Nahrungsquellen und Lebensräume unserer heimischen Schmetterlinge. Auch in urbanen Räumen fehlt es an diesen Überlebensgrundlagen. Mittlerweile ist jede zehnte Schmetterlingsart vom Aussterben bedroht.

Im Zuge unserer Mitmachaktion zu Schmetterlings-sichtungen im Spätsommer haben uns knapp 6.500 Rückmeldungen aus dem gesamten Bundesgebiet erreicht – danke dafür! Die Ergebnisse und auch Ihr Feedback bestätigen den Trend: Viele von Ihnen berichten, dass selbst bisher vertraute Schmetterlinge

verschwinden. Besonders selten ist der Kleine Feuerfalter (oben) zu finden, am häufigsten kommt noch der Kohlweißling vor (unten).

Wir gehen weiter gegen das Aussterben der Schmetterlinge vor und fordern insektenfreundlichere und naturnähere Städte! Viele öffentliche Grünflächen wie Parks, Friedhöfe, Spielplätze und Schulgelände müssen insektenfreundlicher gestaltet werden, zum Beispiel durch verwilderte Flächen und das Pflanzen von heimischen, nektarreichen Blühpflanzen. Dafür setzen wir uns unter anderem auch ganz praktisch in unseren Schulhofprojekten ein.

Unterstützt wurden wir bei der Aktion vom renommierten Schmetterlingsforscher Dr. Robert Trusch, vom Naturkundemuseum Karlsruhe sowie von NaturFreunde Deutschlands e. V.



## Schulhöfe – Booster für Klimaanpassung und grüne Lernorte

**M**ehr Klimaresilienz ist auf allen Ebenen der Stadt- und Regionalentwicklung notwendig, um die Auswirkungen extremer Wetterereignisse abpuffern zu können – so auch auf den Schulhöfen der rund 40.000 allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland. Noch immer sind viele Schulhöfe gar nicht oder nur unzureichend mit naturnahen Lernorten ausgestattet. In den meisten Kommunen wie auch bei den Schulträgern ist die Thematik „Klimaangepasster und naturnaher Schulhof als Lern- und Lebensraum“ bisher nicht im Fokus.

Deshalb beraten wir seit 2018 Schulgemeinschaften in der Planungs- und Umsetzungsphase auf ihrem partizipativen Weg dorthin. Gefördert durch die Umweltministerien der jeweiligen Bundesländer haben wir in 2022 insgesamt 40 Schulen in Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen begleitet. 2023 kommt mit Rheinland-Pfalz das fünfte Bundesland

dazu, perspektivisch sind Projekte in allen Bundesländern geplant.

Über diese Best-Practice-Beispiele wollen wir alle Schulträger in Deutschland für die Thematik sensibilisieren. Kommunen müssen Maßnahmen wie Entsiegelung, Begrünung und Beschattung von Schulhöfen zeitnah als Regelaufgabe begreifen und partizipative Initiativen von Schulgemeinschaften im Sinne einer kooperativen Schulkultur in Zukunft stärker unterstützen.

Förderer:

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz;

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg;

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen;

Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz



» Die Resonanz auf unsere Schulhofprojekte zeigt deutlich, wie hoch der Bedarf an klimaangepassten Schulhöfen ist und wie viele engagierte Schulgemeinschaften sich auf den Weg machen wollen. «

Maren Haase

Fachreferentin

Kommunaler Umweltschutz



» Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen wird nur gelingen, wenn Maßnahmen des Natürlichen Klimaschutzes gegenüber anderen Interessen Vorrang eingeräumt wird. «

Leonie Pilgram,  
Projektmanagerin  
Natürlicher Klimaschutz



## Landschaften als Klimaschützer

Viele unserer Forderungen haben Eingang gefunden in das mit vier Milliarden Euro ausgestattete Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, das Bundesumweltministerin Steffi Lemke im August vorgestellt hat. Das Problem: Nach den Formulierungen würde es über 30 Jahre dauern, bis die Maßnahmen vollständig umgesetzt sind. Wir bringen weiter unsere Expertise ein und machen Druck für ein ambitionierteres Tempo.

**I**ntakte Ökosysteme, die Kohlenstoff aufnehmen, den Wasserhaushalt regulieren und klimasensiblen Arten Zuflucht bieten, sind im Kampf gegen die Klimakrise unverzichtbar. Dass überstrapazierte Wälder oder Flusslandschaften ihre natürlichen Funktionen nicht erfüllen können, haben die Flut-Katastrophe an der Ahr, die Dürresommer und das verheerende Fischsterben in der Oder gezeigt.

Nun will die Bundesregierung kräftig in den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen wie Moore, Wälder, Auen und Grünland investieren. Das wird aber nur gelingen, wenn kontraproduktive Förderung wie zum Beispiel in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU beendet und Maßnahmen des Natürlichen Klimaschutzes gegenüber anderen Interessen rechtlicher Vorrang eingeräumt wird. Neue, unkomplizierte Förderansätze für die „Kümmerer“ vor Ort und eine personelle und institutionelle Aufstockung, ohne Parallelstrukturen

zu schaffen, sind ebenfalls entscheidend. Wir werden die Entwicklung des Programms kritisch begleiten und unsere Erfahrungen im Einsatz für mehr Wildnis am Stettiner Haff, für wilde Auenweiden und den Umbau der Wälder in die Umsetzung einbringen. So wollen wir dazu beitragen, dass der Einsatz der Bundesregierung für den Natürlichen Klimaschutz zum Erfolg wird. Dafür muss das Engagement über 2026 hinaus fortgesetzt werden.

Auch auf internationaler Ebene muss die Bundesregierung ambitioniertere Schutzvereinbarungen vertreten, allen voran im Rahmen des EU-Renaturierungsgesetzes. Wir werden sie daran erinnern und so in Deutschland und international an der Erreichung eines naturnahen Wasserhaushaltes, eines durchgängigen Biotopverbundes und dem „30 bis 30“-Ziel für 30 Prozent geschützte Fläche zu Land und Wasser bis 2030, mitwirken.

Förderer:  
Deutsche Postcode  
Lotterie;  
Europäische Union (EFRE)  
und Freistaat Thüringen

# Agrarwende mit Licht und Schatten

**G**esundheitsrisiken wie die von uns nachgewiesenen Antibiotikaresistenzen haben laut Behörden dazu beigetragen, dass die Fleischnachfrage hierzulande seit Jahren sinkt. Die DUH kämpft konsequent für gesetzliche Regulierungen gegen Antibiotikamissbrauch im Stall. Unser Etappenerfolg: Das neue Tierarzneimittelgesetz sieht nun vor, die für Menschen wichtigsten Reserveantibiotika bei der Erfassung um ein Vielfaches stärker zu gewichten.

Durch unsere intensive politische Arbeit fanden viele DUH-Forderungen zwar Eingang in den Koalitionsvertrag. Allerdings glänzen die Koalitionspartner nicht immer mit Vertragstreue, wenn es um Ernährungssicherung, Reduktion der Futterflächen, um die Fleischabgabe oder die Pestizidreduktion geht. Weil das neue

Düngerecht noch immer massive Überdüngung zulässt, legen wir bei den Nitrat-Klagen nach und verstärken den politischen Druck.

Mit der Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Studie zur Klimaschädlichkeit von Agrokraftstoff, Aktionen vor den beteiligten Ministerien und offenen Briefen an die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker haben wir dazu beigetragen, dass sich die Umweltministerin für den Stopp der Agrosprit-Förderung einsetzt. Der Irrsinn von Essen in Tank und Trog muss beendet werden. Mit Rechtskompetenz und medienwirksamen Kampagnen fechten wir in Deutschland und Europa auch 2023 weiterhin für ein Landwirtschafts- und Ernährungssystem ohne Lebensmittelverschwendung.

Förderer:  
Oak Foundation;  
Umweltbundesamt (UBA);  
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU);  
Clean Air Farming;  
animals – a crime

## Weniger Waldzerstörung in Lieferketten

**F**ür unseren Konsum in Europa importieren wir Rohstoffe, die die weltweite Entwaldung unter anderem durch Brandrodung vorantreiben. Das heizt die Klimakrise an und führt zum Verlust biologischer Vielfalt. Ein großer Erfolg der DUH und unserer europäischen Partner ist es, dass die EU erstmalig verbindliche Regeln für den Import entwaldungskritischer Rohstoffe aufstellt. Rohstoffe wie Palmöl, Soja und Kakao, aber auch Leder, Rindfleisch und Kautschuk müssen zukünftig festgelegte Kriterien erfüllen, um auf den EU-Markt gelangen zu dürfen. In Zukunft müssen Unternehmen nun sicherstellen, dass die gelisteten Rohstoffe nicht mit Entwaldung in Verbindung stehen und die Gesetze der Herkunftsländer eingehalten wurden.

Finanzprodukte wurden auf Druck einiger Mitgliedstaaten nicht in das Gesetz aufgenommen. Damit dürfen Banken weiter Unternehmen finanzieren, die die Entwaldung vorantreiben. Leider bleibt auch Buschland wie der brasilianischen Cerrado in dem Gesetz unberücksichtigt. Damit bleibt ein Großteil der durch den europäischen Konsum verursachten Entwaldung außen vor. Aber wir drängen weiter darauf, dass Buschland und der Finanzsektor unter das Gesetz fallen.

Im Handel zeigt unsere Arbeit Wirkung: Nachdem wir gemeinsam mit internationalen Partnerorganisationen eine Studie zum Entwaldungsrisiko von Rindfleisch veröffentlicht haben, verbannten mehrere Supermarktketten entsprechende Produkte aus ihrem Sortiment.



» Das EU-Gesetz gegen Entwaldung ist ein wichtiger Meilenstein für den Arten- und Klimaschutz. Wir bleiben dran, damit wichtige Ökosysteme wie der Cerrado nicht ungeschützt bleiben. «

Tina Lutz,  
Senior Expert  
Naturschutz



Brasilien ist der weltweit größte Exporteur von Leder. Dort ist die Rinderhaltung für Fleisch und Leder der mit Abstand wichtigste Entwaldungstreiber.



» Wir fordern von der Bundesregierung, Fördermittel gezielt dafür einzusetzen, zuerst schlecht gedämmte Gebäude schnellstmöglich zu sanieren und einkommensschwache Haushalte zu unterstützen. «

Paula Brandmeyer,  
Stellvertretende  
Bereichsleiterin Energie  
und Klimaschutz



# Mit der sozial-ökologischen Wärmewende aus der Gasfalle

Die Abhängigkeit von Gas, mit dem mehr als die Hälfte der deutschen Haushalte heizen, in Verbindung mit dem Sanierungsrückstand eines Großteils der Gebäude, schadet nicht nur dem Klima, sondern ist zur Kostenfalle geworden. Die DUH kämpft für die Senkung des Energiebedarfs der Gebäude und den zügigen Umstieg auf erneuerbare Wärmequellen. Dabei betrachten wir auch die soziale Komponente.

**2022** ist das Jahr, in dem der Bundesregierung die jahrzehntelange Verzögerung der Wärmewende auf die Füße fällt. Die Rechnung zahlen wortwörtlich die Verbraucherinnen und Verbraucher. Anstelle von Maßnahmen, die die Gebäudesanierung katalysieren, forciert die Bundesregierung ein „Weiter so“ und unterlässt strukturelle Maßnahmen für Energieeinsparung.

Wie unsere gemeinsame Studie mit dem Öko-Institut ergab, leiden insbesondere Menschen mit geringen Einkommen, die tendenziell in schlechter sanierten Häusern leben, an den Verfehlungen der Politik. Des-

halb fordern wir, die schlechtesten Gebäude zuerst schnellstmöglich zu sanieren, Fördermittel gezielt für die Gebäudesanierung einzusetzen und einkommensschwache Haushalte zu unterstützen.

Hinsichtlich des Ziels der Bundesregierung von 400.000 neuen, bezahlbaren und klimagerechten Wohnungen pro Jahr stimmen wir dem Bedarf zu, setzen den Fokus aber auf Sanierung und Umbau bestehender Gebäude. Hierzu arbeiten wir erfolgreich mit einem breiten Bündnis an Akteuren, um unter anderem auf die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen von Gebäudeabrissen hinzuweisen. Wir führen zudem

Förderer:  
Deutsche Postcode  
Lotterie;  
Foundation of  
International Lawyers  
for the Environment;  
Institute for  
Governance and  
Sustainable  
Development



Projektarbeit zu klimafreundlichen Baustoffen wie Zement- und Beton-Alternativen durch, um nachhaltiges Bauen in der Praxis zu stärken.

Mit Blick auf die Klimaziele im Gebäudebereich ist die Wärmepumpe die Schlüsselheiztechnologie. Auch wenn die Bundesregierung den Markthochlauf unterstützt, existieren weiterhin strukturelle Hemmnisse und Mythen über die Wärmepumpe. Wir setzen uns dafür ein, den politischen Rahmen zu verbessern und leisten

Aufklärungsarbeit zum Abbau von Fehlinformationen.

Für Wärmenetze existieren aktuell weder Klimaziele noch haben die relevanten Akteure wie Kommunen genügend Informationen, um eigene klimaneutrale Projekte umzusetzen. An diesen Stellen setzen wir an, ermöglichen einen Wissens- und Informationsaustausch und stoßen auf politischer Ebene die richtigen Rahmenbedingungen an.

## Wir wehren uns gegen den fossilen Lock-In!

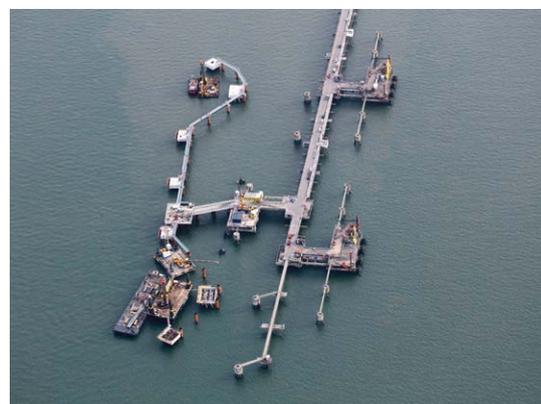
**A**nfang 2022 erweiterte Russland seinen Krieg gegen die Ukraine. Deutschland stürzte in eine weiter anhaltende Energiekrise. Durch eine Vielzahl neuer Projekte droht dabei ein fossiler „Lock-In“ – ein Abrutschen in neue, langfristige Abhängigkeiten von Öl und Gas unter Ausnutzung der aktuellen Notsituation. Immer die Energieversorgung für die Bevölkerung und Klimaziele im Blick behaltend gingen wir im Jahr 2022 deswegen weiter gegen verschiedenste fossile Fallen vor.

Im Vordergrund stand dabei der Import von Flüssigerdgas (LNG). Durch gesetzliche Änderungen könnten derzeit bis zu 14 Import-Terminals unter Ausbelegung rechtsstaatlicher Prinzipien wie Beteiligung und Umweltschutz realisiert werden – eine klimapolitische Katastrophe, denn alle Projekte dürften theoretisch bis Ende 2043 Erdgas importieren. Im September haben wir deshalb erstmals Klage eingereicht. Wir fordern, dass die Pipeline, die das geplante Terminal in Wilhelmshaven mit dem Gasnetz verbinden soll, maximal zehn Jahre fossiles Gas transportieren darf. Wir sagen: Notfallmaßnahmen müssen Notfallmaßnahmen bleiben!

Im UNESCO-Weltnaturerbe protestierten wir gemeinsam mit Partnern gegen die Pläne des deutschen Öl- und Gaskonzerns Wintershall Dea, dort bis 2069 Öl zu fördern. Unsere Arbeit zeigt Wirkung: Weiterhin wurde keine

Genehmigung für neue Förderungen erteilt. Auch vor der ostfriesischen Insel Borkum sollen gleich mehrere neue Erdgasfelder entstehen. Deswegen haben wir im Juli – gemeinsam mit mehreren Nordseeinseln – Klage gegen das Vorhaben des Konzerns One-Dyas eingereicht. Im Januar 2023 werden wir selbst mit einem breiten Bündnis des Widerstands vor Ort demonstrieren.

Wir sind uns sicher: Gemeinsam mit unseren verschiedenen Bündnispartnern werden wir den fossilen Lock-In auch 2023 weiter aufhalten und die Energie-wende konsequenter denn je voranbringen!



LNG-Terminal Wilhelmshaven

» Mit breiten Bündnissen des lokalen Widerstands wehren wir uns allerorts gegen den fossilen Lock-In. «

Sascha Boden,  
Team-Koordinator  
Energie und Klimaschutz

## Meilenstein für Klimaschutz in der Energiewirtschaft

Lange spielte Klimaschutz beim Aus- und Umbau der Gasinfrastruktur keine Rolle. Möglich machte dies vor allem eine Regelungslücke im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Durch unsere Arbeit konnten wir im Sommer 2022 nun erreichen, dass das Ziel der Treibhausgasneutralität in § 1 des EnWG mit aufgenommen wurde – ein kleiner Meilenstein, denn damit ist das Pariser Klimaziel im wichtigsten Gesetz für die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft angekommen. Wichtig ist jetzt, dass diese Änderung in allen weiteren Paragraphen des EnWG durchdekliniert wird und auch konkrete praktische Auswirkungen hat. Dafür machen wir uns weiterhin stark.



Einen Coffee to go gibt es schon in vielen Bäckereien, Cafés und Tankstellen im Mehrwegbecher.

Praktische Mehrweglösungen existieren auch für to go-Mahlzeiten auf Veranstaltungen oder für Essens-Lieferdienste.



## Müllvermeidung muss zum Standard werden

Erneut haben wir einen Verpackungcheck gemacht und allzu viel Einweg-Plastik oder Wegwerfverpackungen im Supermarkt-Alltag gefunden. Wir entlarven dreiste Plastiktütensünder, leisten Überzeugungsarbeit für weniger Müll bei Unternehmen und Sportvereinen. Von der Politik fordern wir beharrlich verpflichtende gesetzliche Regelungen wie ein Abfallvermeidungsziel und verbindliche Mehrwegquoten.

**F**ür ein Plastiktütenverbot hatten wir viele Jahre gekämpft – seit Jahresbeginn 2022 ist es endlich da! Doch wir konnten durch gezielte Umfragen und Tests belegen, dass Händler wie Edeka, Netto oder Rossmann weiterhin Plastiktüten mit Einweg-Charakter anbieten. Weil das Verbot nur für Tüten mit einer bestimmten Wandstärke gilt, umgehen es die Händler, indem sie ein klein wenig dickere Tüten nutzen, die wir aber als untauglich für eine mehrfache Verwendung halten. Wir haben diese Gesetzeslücke offengelegt und fordern, sie sofort zu schließen.

Einen tollen Erfolg hat auch unser jahrelanger Einsatz für nachhaltige Mehrwegbecher und gegen Plastik-Müllberge in Fußballstadien erzielt. Zum Start

der Saison 2022/23 setzen 17 von 18 Vereinen auf umweltfreundliche Mehrwegbecher. Der letzte Bundesligaverein mit einem Einwegsystem ist Schalke 04. Gemeinsam mit der Schalke-Legende Yves Eigenrauch haben wir eine Petition gestartet und lassen nicht locker, bis ein konsequenter Umstieg auf Mehrweg erfolgt ist.

Im Rahmen unserer Aktion „Plastikfreie Städte“ haben wir in insgesamt 303 Städten und 29 Landkreisen Anträge auf weniger Einweg-Plastikmüll gestellt. Lichtblicke gibt es bislang in 73 Städten und Landkreisen, die effektive Maßnahmen ergreifen, damit Verwaltungen, öffentliche Veranstaltungen oder lokale Gastrobetriebe verpackungsärmer werden.

Auch Mehrweg-Paletten für den Transport von Garten- oder Zimmerpflanzen vom Erzeuger zum Handel sind fast ausschließlich Einweg-Plastikprodukte. Durch intensive Pressearbeit, Fachgespräche und Best-Practice-Auszeichnungen konnten wir die Branche gemeinsam mit der Stiftung Initiative Mehrweg (SIM) davon überzeugen, eine Mehrweglösung einzuführen.

Fast jeder Briefkasten hierzulande schluckt jährlich 35 Kilogramm Werbeprospekte aus Papier, wovon die meisten ungelesen im Müll landen. Mit einer Opt-In-Re-

gelung für unadressierte Printwerbung könnte Verbraucherministerin Lemke diese Ressourcenverschwendung stoppen. Solche Werbung dürfte dann nur zugestellt werden, wenn dies ausdrücklich erwünscht ist, etwa mit einem „Werbung – Ja bitte“-Schild. Erste große Unternehmen wie Obi oder Rewe haben auf den Druck reagiert und den Verzicht auf Werbeflyer angekündigt. Allein der Ausstieg von Rewe spart jährlich 73.000 Tonnen Papier. Das ist ein guter Anfang, der uns weiter anspricht.



» Wir setzen uns vehement für ambitionierte und verbindliche politische Regelungen ein, die dazu führen, dass Plastikmüll- und Elektroschrotberge endlich kleiner werden. «

Thomas Fischer,  
Leiter Kreislaufwirtschaft

## Ökologische Bauwende – jetzt!

**M**it wissenschaftlich fundierten Argumenten und Handlungsempfehlungen für die Politik, private Bauherren und die öffentliche Beschaffung zielen wir auf ein Umdenken beim Bauen ab. Denn mehr als die Hälfte des Abfallstroms in Deutschland entstammt dem Bausektor. Der Großteil der Abbruch- und Bauabfälle wird verbrannt, deponiert oder minderwertig verfüllt. Gleichzeitig kommen recycelte Materialien kaum zum Einsatz. Um nachhaltiger zu werden, braucht der Bausektor eine stoffliche Kreislaufführung. So lange diese fehlt, werden wir weitere Ressourcenknappheit, hohe Materialkosten sowie steigende Klima- und Umweltschäden erleben.

Hinzu kommt: Materialien für Neubauten verursachen rund acht Prozent der Treibhausgas-Emissionen Deutschlands. Betrachtet man den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes, darf spätestens ab 2025 nur noch netto-treibhausgasneutral gebaut oder saniert werden, damit die Klimaziele erreichbar bleiben. Deshalb braucht es jetzt eine ökologische Bauwende und verbindliche rechtliche Regelungen für ressourcen- und klimakonformes Bauen. Dank unserer Einmischung ist das Thema zwar im politischen Diskurs angekommen, im kommenden Jahr werden wir ihn aber weiter begleiten müssen.

## Wir sind Treiber für umweltfreundliche Batterien

**M**it den E-Autos kommen auch große Mengen an Batterien auf den Markt. Hartnäckig haben wir unser Know How in Stellungnahmen und Gesprächen mit Entscheidern aus Politik und Wirtschaft in den Erarbeitungsprozess der EU-Batterieverordnung eingebracht. So haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass die EU erstmals konkrete ökologische Kriterien für Batterien, deren Produktion, Erfassung und Entsorgung in einem Regelwerk festlegt. Die Batterieverordnung enthält Vorgaben zur Lieferkettenverantwortung für die verwendeten Rohstoffe, zu CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Herstellung, zu einem umweltgerechten Design und zum hochwertigen Recycling.

Allein in Deutschland sind derzeit mehr als ein Dutzend Fabriken geplant, die pro Jahr Batterien für

bis zu 3,5 Millionen Elektroautos fertigen könnten. Ihr Einsatz würde enorme Mengen an fossilen Kraftstoffimporten einsparen, aber zu einem riesigen Rohstoffbedarf führen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Vorgaben zur Effizienz, Reparatur, Wiederverwendung und zum Recycling in der EU-Batterieverordnung den maximalen Umweltnutzen aus Elektrofahrzeugen herausholt, damit der Vorsprung gegenüber Verbrennern noch größer wird. Zudem müssen Rohstoffabhängigkeiten verhindert werden.

Dennoch lösen E-Autos keinesfalls alle Probleme im Verkehrsbereich. Wir bleiben bei unserer Forderung: Für eine echte Verkehrswende führt kein Weg an der Reduzierung des Pkw-Verkehrs vorbei; Fuß-, Rad- und ÖPNV müssen massiv ausgebaut werden.

Förderer:  
Deutsche Postcode Lottery  
Venture and Nature Fund



» Wir hinterfragen den Begriff „klimaneutral“ in der Werbung. Denn Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf ehrliche Informationen. «

Agnes Sauter,  
Leiterin Ökologische  
Marktüberwachung



## Klimaneutral oder Greenwashing – wir hinterfragen Werbung

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor falschen Versprechen bezüglich Klimaneutralität von Produkten und Dienstleistungen schützen. Deshalb geht unser Team Ökologische Marktüberwachung dem Wahrheitsgehalt entsprechender Werbeaussagen nach.

**W**erbung mit den Begriffen „klimaneutral“, „CO<sub>2</sub>-neutral“ oder gar „klimapositiv“ halten wir für hochgradig irreführend. Sie suggerieren den Verbraucherinnen und Verbrauchern, dass sie solche Shampoos, Cremes, Motoröle oder Kaffee kapseln bedenkenlos konsumieren oder sogar noch Gutes fürs Klima tun können. Vor schwer durchschaubaren Werbestrategien wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher schützen.

Die Unternehmen argumentieren hierbei meist mit kaum nachprüfbar Maßnah men, die angeblich der Atmosphäre die gleiche Menge an Treibhausgasen entziehen, die das Produkt oder gar das ganze Unter-

nehmen verursachen. Restemissionen „kompensieren“ sie über sogenannte Emissionsgutschriften für Projekte von zweifelhafter Wirkung.

Zuallererst wollen wir Mineralölunternehmen, Autobauer und Fluggesellschaften an dreistem Greenwashing hindern, das davon ablenkt, dass jeder Flug und jede Pkw-Fahrt CO<sub>2</sub>-Emissionen mit sich bringt. Gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern haben wir die dreisteste Werbelüge des Jahres identifiziert: Das Votum fiel auf die Shell Deutschland GmbH, die behauptet, man könne mit einem Aufpreis von 1,1 Cent pro Liter Kraftstoff CO<sub>2</sub>-neutral Auto fahren. Für dieses herausragende

Die Shell Deutschland GmbH glänzt mit grünen Werbeversprechen, die sie aber nicht hält. Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz und ihr Team überreichten dem Konzern dafür den Goldenen Geier (oben).

Greenwashing haben wir dem Unternehmen unseren Schmähpriß „Goldener Geier“ verliehen.

Zudem gehen wir vor Gericht: In acht Rechtsverfahren gegen Unternehmen wurden deren Werbeaussagen geprüft. Ergebnis: Die Unternehmen Green Airlines, Mother Nature und die Drogeriemarktkette Rossmann haben bereits zugesagt, ihre Werbeversprechen klarer

zu begründen. Gegen die anderen fünf Unternehmen haben wir Unterlassungsklagen an den zuständigen Landgerichten eingereicht.

Auf dem Feld sehen wir auch im kommenden Jahr noch viel Arbeit vor uns liegen. Melden Sie sich bei uns, wenn Ihnen „klimaneutrale“ Produkte oder Leistungen auffallen!

## DUH setzt durch: Handel muss Elektrokleingeräte zurücknehmen

**F**alsch entsorgter Elektroschrott richtet erhebliche Umweltschäden an. Deshalb beobachten wir, ob der Handel die neuen, gesetzlich geregelten Rückgabemöglichkeiten umsetzt. Dazu gehört die verbraucherfreundliche Rücknahme in größeren Lebensmittelmärkten und Drogeriemarktketten, die selbst zeitweise oder dauerhaft Elektro- und Elektronikgeräte anbieten. Sie müssen ihren Kundinnen und Kunden seit Juli 2022 die Rücknahme ausgedienter Elektrokleingeräte anbieten und sie auch darüber informieren.

Im Rahmen einer stichprobenhaften Überprüfung von Lebensmittelmärkten, Drogeriemarktketten und Online-Händlern im Sommer 2022 haben wir fest-

gestellt, dass zahlreiche Marktbetreiber gegen diese Pflichten verstoßen. Weder nahmen sie Kleingeräte zurück, noch wiesen sie durch entsprechende Aushänge auf die Rückgabemöglichkeit hin. Auf die Rechtsverstöße angesprochen, kündigten einige Händler umgehende Erfüllung ihrer neuen Pflichten an. Einige Unternehmen lehnten dies jedoch mit teilweise fragwürdigen Begründungen und Ausreden ab, so dass wir Musterklagen gegen drei Unternehmen mit Filialbetrieben im ganzen Bundesgebiet erhoben haben und die Rücknahme- und Informationspflicht gerichtlich durchsetzen lassen. Für das nächste Jahr planen wir eine Nachprüfung.

## Weg mit den Stromfressern!

**W**er umweltbewusst einkaufen will, wählt Elektrogeräte mit niedrigem Stromverbrauch. Wir machen uns dafür stark, dass Verbraucher transparente Informationen hierzu vorfinden. Ein einheitliches Energielabel mit den Klassen A bis G hatten viele Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen gefordert, darunter die Deutsche Umwelthilfe. Schon seit März 2021 gilt es für Spül- und Waschmaschinen, Waschtrockner, Kühl- und Gefriergeräte, TV-Geräte und Computer-Monitore. Der grüne Pfeil mit dem „A“ steht für das effizienteste Gerät, der rote mit dem „G“ für den größten Energiefresser.

Gleichzeitig hat der Gesetzgeber die Ökodesign-Vorgaben und die Anforderungen zur Eingruppierung eines Geräts in eine Effizienzklasse verschärft. Je nach Produktgruppe kann also ein aktuell in die Effizienzklasse E eingestuftes Gerät – zum Beispiel ein Fern-

seher – das beste am Markt verfügbare Gerät sein. Eine Waschmaschine landet jedoch mit Effizienzklasse E auf den schlechtesten Rängen.

Gerade bei steigenden Energiepreisen profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher davon, dass besonders energiehungrige Geräte aus den Angeboten verbannt werden mussten. Wir haben im Jahr 2022 in Läden, im Online-Handel und in den Werbeauftritten von Elektrofachhändlern die Umsetzung der Vorschriften stichprobenhaft überprüft und zahlreiche Verstöße festgestellt. Darauf angesprochen reagierten viele Händler – obwohl in Händlerverbänden organisiert – völlig überrascht. Hier hat unsere Informationsarbeit aber offensichtlich geholfen und nun können wir den Handel loben: Im vierten Quartal sehen wir erhebliche Verbesserungen bei den Kennzeichnungen.



» Nur wenn Händler den Energieverbrauch ihrer Elektrogeräte korrekt kennzeichnen, können Kunden ein stromsparendes Gerät überhaupt erkennen. «

Robert Mathias,  
Stellvertretender  
Leiter Ökologische  
Marktüberwachung

# Jubel, Freudentränen, Mut-Macher



Bewegende und mitreißende Worte großer Preisträgerinnen und -träger und ihrer prominenten Laudatorinnen und Laudatoren, begleitet von tosendem Applaus der 300 Gäste, erfüllen den Meistersaal in Berlin als die Deutsche Umwelthilfe im Oktober zum 27. Mal den UmweltMedienpreis verleiht. Geehrt werden Medienschaffende, die mit ihrer herausragenden Arbeit zu dem Paradigmenwechsel beitragen, den wir dringend brauchen, um verbindliche Klimaziele einzuhalten und künftige Generationen zu schützen.

Vor dem Hintergrund der multiplen Krisen auf unserem Planeten würdigte Harald Kächele, Bundesvorsitzender der DUH, die Arbeit der diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger als wichtiger denn je: „Sie holen die Verletzlichkeit unserer Lebensgrundlagen wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit und rufen mit Fakten, Feingefühl und unvergleichlichem Engagement zum sorgsamem Umgang mit Ressourcen und dem Schutz der Natur, der Umwelt und des Klimas auf.“ Auch die emotionalen Laudationes bei diesem Zusammentreffen mehrerer Generationen Engagierter – von Wegbereitern des Umweltschutzes bis zu jungen Aktivistinnen – verliehen allen Kraft und Zuversicht, ließen die Gesichter strahlen und das eine oder andere Auge feucht werden.

In der Kategorie Text zeichnete die Jury des UmweltMedienpreises die Energieökonomin und gefragte Politikberaterin **Prof. Dr. Claudia Kemfert** aus. In inzwischen fünf Büchern, unzähligen Gastbeiträgen und Interviews sowie im „MDR-Klima-Podcast“ erklärt die renommierte Wissenschaftlerin

allgemeinverständlich die Zusammenhänge von Klimaschutz, Wirtschaft und Politik.

Die beiden Journalistinnen **Hannah Heinzinger** und **Raphaela Naomi Heinzl** ermutigen ihre Hörerinnen im BR-Podcast „Grünphase“ sympathisch und zielgruppengerecht dazu, mehr Nachhaltigkeit im Alltag zu wagen. Stromverbrauch senken, Wasser sparen, die Wohnung umweltfreundlich putzen, den Balkon in eine Insekten-Oase verwandeln sind Aufgaben, die sie sich gegenseitig stellen und umsetzen. Dabei gilt: Auch kleine Schritte zählen und Scheitern ist erlaubt! Sie erhielten den Preis in der Kategorie Audio.

Autor und Regisseur **Daniel Harrich**, Preisträger in der Kategorie Video, ist es mit seiner aufrüttelnden investigativen Dokumentation und dem gleichnamigen Spielfilm „Bis zum letzten Tropfen“ gelungen, eine Diskussion rund um das massiv unterbelichtete Thema Wasserknappheit in Deutschland zu entfachen. Dabei wirft der Filmemacher die bisher ungeklärte Frage auf, wem unser Trinkwasser eigentlich gehört.



Matthias Walter, Mitglied der Bundesgeschäftsführung, führte unterhaltsam durch die Preisverleihungsgala.

Als eines der bekanntesten Gesichter und Sprecherin der „Fridays for Future“-Bewegung in Deutschland wurde die Klimaaktivistin Carla Reemtsma ausgezeichnet, die die öffentliche Debatte um die Klimapolitik hierzulande online wie offline mitbestimmt. Ob in politischen Talk-Runden, als Gast in zahlreichen Interviews und Podcasts mit deutschen Leitmedien oder über ihren Twitterkanal überzeugt sie mit ihrer reflektier-

ten Sicht auf die Klimakrise und das damit verbundene politische Geschehen.

Für sein Lebenswerk ehrte die DUH bei Standing Ovationen den renommierten Biologen und Agrarwissenschaftler **Prof. em. Dr. Michael Succow**. Als herausragende Persönlichkeit der Umweltbewegung ist er seit Jahrzehnten vor allem im Bereich Moorschutz aktiv. Passend dazu hat er kürzlich das wachrüttelnde Buch „Deutschlands Moore – Ihr Schicksal in unserer Kultur-

landschaft“ geschrieben. 2022 erhielt der Moorschutz im Renaturierungsgesetz der EU-Kommission und verankert in der neuen deutschen Klimaschutzsäule endlich die Aufmerksamkeit, die er verdient. Succow wurde 1997 für das Initiieren des Nationalparkprogramms der DDR und seine internationalen Naturschutzaktivitäten mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

Bereits zum fünften Mal hat die Jury dieses Jahr einen Publikumspreis ausgelobt.

Über mehrere Wochen lief die Online-Abstimmung über die drei Nominierten. Gewonnen hat Schauspielerin und Fair Fashion Aktivistin **Marie Nasemann** mit ihrem Buch „Fairknallt – mein grüner Kompromiss“. Nominiert waren auch Mobilitätsexpertin Katja Diehl für ihr Buch „Autokorrektur – Mobilität für eine lebenswerte Welt“ sowie die Sachbuchautoren David Nelles und Christian Serre für „Machste dreckig – machste sauber: Die Klimalösung“.



Prof. Dr. Harald Kächele, DUH-Bundesvorsitzender, überreicht Hannah Heinzinger und Raphaela Naomi Heinzl den UmweltMedienpreis. Krankheitsbedingt hielt Journalist und TV-Moderator Felix Seibert-Daiker die Laudatio per Video. (links)

Klimaaktivistin Luisa Neubauer (li) hielt die Laudatio auf Prof. Dr. Claudia Kemfert (2.v.li), und Prof. Dr. Christian Stöcker, Journalist, Psychologe und Professor für digitale Kommunikation (re) laudierte Carla Reemtsma (2.v.re).



Bundesumweltministerin Steffi Lemke würdigte die Leistungen und Verdienste von Prof. em. Dr. Michael Succow. (links)



Daniel Harrich mit Schauspielerin und Laudatorin Michaela May.



Stellvertretend für Marie Nasemann, die eine Videobotschaft schickte, nahm Dr. Norian Schneider, wissenschaftlicher Berater für Buch und Plattform „Fairknallt“, den Preis entgegen. (links)

## Venture and Nature Fund stellt Weichen

■ Der Venture and Nature Fund (VNF) finanziert Projekte und Kampagnen der DUH, bei denen auch ein Scheitern nicht ausgeschlossen werden kann. Mit diesem „Risikokapital“ wollen die Stifter – eine Familie, die sich seit langem im Umweltschutz engagiert – Türen öffnen, die normalerweise verschlossen wären. Dank ihrer Anschubfinanzierung ist es uns gelungen, einen bundesweiten öffentlichen und politischen Diskurs zu initiieren und Druck auf die Entscheidungsträger für ein bundesweit gültiges Klimaticket im Nahverkehr zu machen. Seit vier Jahren kämpft die DUH hierfür; ab April 2023 soll es nun unter dem Namen „Deutschlandticket“ kommen!

Um eine wirkliche Verkehrswende einzuleiten, ist der Preis von 49 Euro für das Monatsabo aber zu hoch. Es braucht einen stärkeren Anreiz, um das Auto stehen zu lassen. Die Bundesregierung muss dringend nachbessern. Deshalb setzen wir uns für ein zusätzliches 29-Euro-Ticket ein, das für das jeweilige Bundesland gilt.

Der VNF fördert auch DUH-Projekte in den Bereichen Naturschutz, Energie, Verkehr und Kreislaufwirtschaft.

**VNF**  
Venture and Nature Fund

# Biodiversität ist wichtig für den Klimaschutz – und umgekehrt

Den Schutz von Klima und biologischer Vielfalt müssen wir gemeinsam denken! Denn die Vielfalt an Arten von Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren auf unserem Planeten trägt maßgeblich dazu bei, dass natürliche Kreisläufe funktionieren. Das betrifft auch das Klima. Gleichzeitig führen die Treibhausgasemissionen zu massiven Veränderungen in den Ökosystemen. Die folgenden Zahlen zeigen Ausschnitte aus unserer Arbeit gegen die Zwillingskrise.

## Arten und Lebensräume

Jede **3. Tier- und Pflanzenart** in Deutschland ist gefährdet. Besonders dramatisch:



→ Fast jede **2. Insektenart** ist betroffen.

→ **2/3** aller **FFH\*-Lebensraumtypen** an Land und im Meer sind hierzulande bedroht.

\*Die Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie der EU schützt besonders wertvolle Lebensräume.

(Quelle: Bericht der Bundesregierung, 2020; DUH)

## Klimaschutz-Bausteine für den Gebäudesektor

Sollten die von der DUH geforderten Vorgaben für klimazielkompatibles Bauen und Sanieren nicht eingeführt werden, steigt die kumulierte **Klimalücke im Gebäudebereich** bis 2030



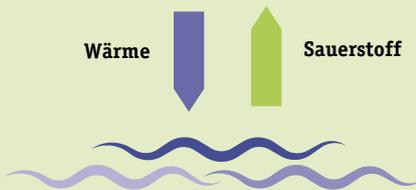
auf mehr als **150** Mio. t CO<sub>2</sub>



(Quelle: DUH)

## Weltmeere mindern den Temperaturanstieg

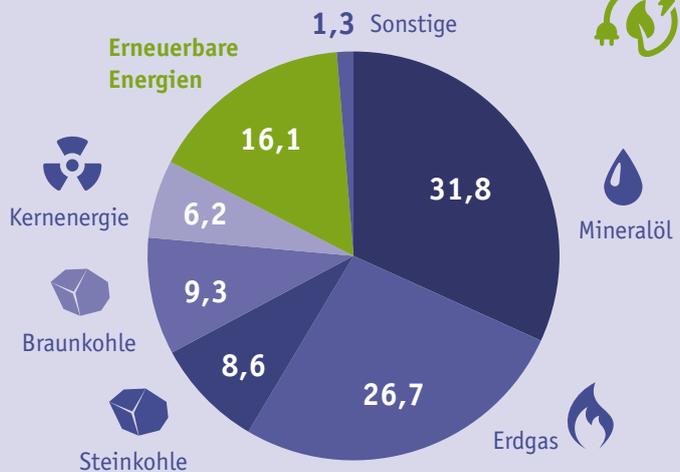
Die Weltmeere haben seit 1970 etwa **90 %** der menschengemachten Wärme aufgenommen. Allerdings führt das zu massiven Veränderungen im Ökosystem, beispielsweise weniger Sauerstoffgehalt im Meerwasser.



(Quelle: World Ocean Review 2021)

## Unser Energiemix – die DUH fordert 100 % Erneuerbare!

(Anteile Energieträger in %)



(Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., UBA)

## So könnten Landschaften zur Klimaneutralität beitragen

Acker- und Grünland, Moore und Wälder besitzen das Potenzial, Kohlenstoff zu binden. Prognosen zeigen aber, dass der Klimawandel und andere Faktoren die Ökosysteme so stark schädigen, dass sie diese Kapazität **zunehmend verlieren**. Ziel der Bundesregierung:

Bis 2030 sollen die Landschaften **25** Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente binden.

Damit das eintritt, fordern wir **zügige Programme für klimaschonende Landwirtschaft und Renaturierungen**.



(Quelle: DUH)

Alle Aussagen beziehen sich auf Deutschland, soweit nicht anders angegeben.

## Artensterben und Lebensraum-Verluste weltweit

Die DUH kämpft für Schutzgebiete, den Erhalt von Lebensräumen weltweit, eine Agrarwende und transparente Lieferketten, z.B. bei Futtermittelimporten. Denn die Landnutzung ist weltweit der größte Treiber für das Artensterben. Der Weltbiodiversitätsrat IPBES schätzt:

- Das Artensterben geht aktuell **10** bis **100** mal schneller voran als in den letzten 10 Mio. Jahren.
- Von **8** Mio. Tier- und Pflanzenarten steht **1** Mio. kurz vor dem Aussterben, etwa **2** Mio. Arten sind gefährdet.



- Weltweit werden jedes Jahr **10** Mio. Hektar **fruchtbares Land** durch die Folgen des Klimawandels zerstört.
- **77** % des **Agrarlandes der Erde** werden für die Fleisch- und Milcherzeugung genutzt.
- Die **Tierhaltung** verursacht **15** % der weltweiten Treibhausgasemissionen.
- **1/3** der **Fischpopulationen** in unseren Weltmeeren sind bereits überfischt.

(Quellen: IPBES, FAO, UNEP, DUH)

### Der Verkehrssektor bremst den Klimaschutz

Laut Berechnungen der Bundesregierung muss der **Verkehrssektor** zwischen 2022 und 2030

**271,4** Mio. t CO<sub>2</sub> einsparen.

Das **Sofortprogramm des Verkehrsministers** erreicht bis 2030 hiervon bestenfalls **5** %.

Gegen das Programm haben wir **eine Klage** eingereicht.

Die DUH fordert als **Sofort-Maßnahme** unter anderem **Tempolimits:**

- **100** km/h auf Autobahnen
- **80** km/h außerorts
- **30** km/h innerorts

würden jedes Jahr über **9** Mio. t CO<sub>2</sub>

**einsparen** und den Verbrauch von **3,7** Mrd. Liter **Kraftstoff vermeiden**.

(Quelle: DUH)



### Keine Agrokraftstoffe in den Tank!

Allein der Anbau von Energiepflanzen für deutschen Agrokraftstoff belegt weltweit über **1,2** Mio. ha. Natürliche Ökosysteme könnten auf einer Fläche dieser

Größe pro Jahr **16,4** Mio. t CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre binden und speichern.

(Quelle: DUH)



### Wo entstehen unsere Klimagase? (Sektoren, in %)



(Quelle: UBA)

# Finanzen – unabhängig und transparent

Die Deutsche Umwelthilfe konnte auch im zweiten Corona-Jahr ihre inhaltlich sehr erfolgreiche Entwicklung finanziell untermauern. Es gelang, einen Finanzierungsmix zu realisieren, der die Handlungsfähigkeit, aber auch die Unabhängigkeit der DUH sichert.

**I**m Jahr 2021 hatten wir einen ausgeglichenen Haushalt. Den verantwortlichen Umgang mit dem Geld bestätigt uns das DZI-Spendensiegel. Wir haben uns außerdem verpflichtet, die Finanzen der DUH und ihre rechtlichen Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft offenzulegen. Da wir, wie jedes Jahr, den Jahresbericht bereits im Dezember des laufenden Jahres veröffentlichen, finden Sie hier die Haushaltszahlen des Jahres 2021.

## Einnahmen

Mit den inhaltlichen Herausforderungen und zunehmender Projektarbeit wächst auch der Finanzbedarf. Gegenüber dem Vorjahr wuchs das Haushaltsvolumen der DUH um 2,7 Millionen auf 14,4 Millionen Euro.

Die größten Einnahmeposten sind Spenden und Förderungen, vor allem von Privatpersonen und Stiftungen, aber auch Projektunterstützungen von der Europäischen Union, des Bundes sowie mehrerer Landesregierungen.

Ein immer größerer Anteil unserer Einnahmen, mittlerweile fast ein Drittel, stammt von Privatpersonen, die als Mitglieder, Paten, Förderer und Spender unsere Projektarbeit unterstützen. Sie bilden mit zusammen 4,9 Millionen Euro die starke Basis unserer Finanzierung. (Grafik auf Seite 27). Hinzu kommen Projektförderungen öffentlicher und gesellschaftlicher Institutionen in Form von Spenden, Sponsorings und Projektzuschüssen. Alle Projektförderungen zusammen lagen 2021 bei 5,7 Millionen Euro. Mit 3,2 Millionen Euro entfällt davon etwas mehr als die Hälfte auf öffentliche Zuschüsse. Knapp 600.000 Euro stammen von Unternehmen.

Die Einnahmen aus der Ökologischen Marktüberwachung in Höhe von zirka 2,5 Millionen Euro dienen vollständig der Finanzierung der Marktüberwachung sowie der Finanzierung unserer Verbraucherschutzbezogenen Aktivitäten.

Besonders wichtig ist es uns, unsere Unabhängigkeit sicherzustellen. Wir legen großen Wert auf unterschiedliche Standbeine der Finanzierung. Förderungen, die mit dem Versuch staatlicher oder privater Einflussnahme einhergehen, lehnen wir grundsätzlich ab.

Um ein hohes Maß an Transparenz über die Herkunft unserer Mittel herzustellen, nennen wir in unserem Jahresbericht Institutionen, die mit ihren Zuwendungen jeweils mehr als ein Prozent zum Haushalt der DUH beigetragen haben. Das waren im Jahr 2021:

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Bundesamt für Naturschutz
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg
- Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
- Europäische Kommission
- Deutsche Postcode Lotterie
- European Climate Foundation

Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit. Außerdem danken wir Rapunzel Naturkost für die Zusammenarbeit im Hand in Hand-Fonds, der über mehr als 20 Jahre ökosoziale Projekte in aller Welt gefördert hat.

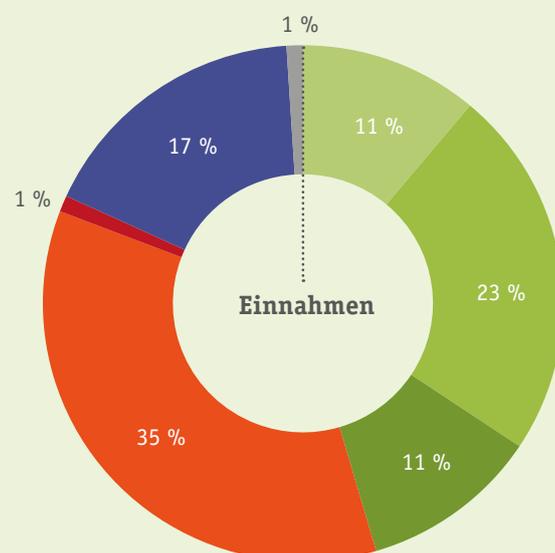
## Ausgaben – Verwendung für Projekte

Beim Aufwand stehen mit 77 Prozent unsere Projekte und Kampagnen an erster Stelle. Den größten Teil der Projektarbeit leisten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst. Ein kleinerer Teil der Mittel fließt in Form von Projektförderungen an Partnerorganisationen. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei sparsamen zehn Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei acht Prozent. Mehr als die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Auch 2021 haben wir einen kleinen Jahresüberschuss von knapp über 100.000 Euro erwirtschaftet, der zur Stärkung der Rücklagen verwendet wird.

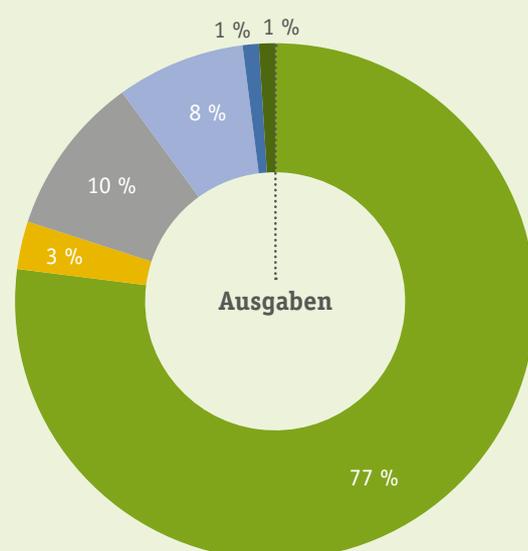
(Fortsetzung S. 28)

## Einnahmen und Ausgaben 2021\*

Einnahmen (gerundet)	2021 in €	2020 in €
Mitgliedsbeiträge	1.633.496	1.196.839
Privatspenden	3.248.803	2.253.849
Spenden von Institutionen / Unternehmen	1.641.796	1.420.183
Sponsorings	50.000	12.500
Projektzuschüsse	5.008.496	3.848.011
Zuweisungen aus Geldauflagen (Bußgelder)	91.740	80.675
Erträge Ökologische Marktüberwachung	2.508.129	2.800.855
Sonstige Erträge	179.967	115.169
Zins- und Vermögenserträge	24.954	21.075
Beauftragte Projekte	28.487	15.607
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>14.415.868</b>	<b>11.764.763</b>

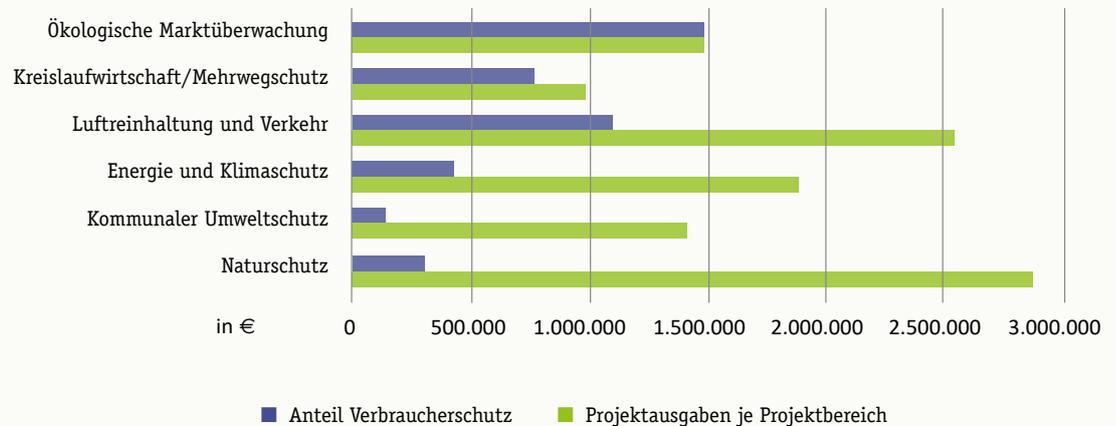


Ausgaben (gerundet)	2021 in €	2020 in €
Projektaufwand (Projektförderung und -begleitung)	11.042.671	9.356.491
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit	423.117	166.097
Allgemeine Verwaltung	1.432.836	1.284.124
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	1.184.850	765.745
Sonstige Aufwendungen	150.469	95.560
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.572	4.064
Abschreibungen	60.189	79.247
Jahresüberschuss	117.164	13.435
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>14.415.868</b>	<b>11.764.763</b>



\*Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht wurden.

### Verbraucherschutz in den DUH-Projekten



Die Grafik verdeutlicht, wie hoch der Anteil der Verbraucherschutzaktivitäten an der gesamten Projektarbeit unseres Verbandes ist.

### Verbraucherschutz in der Projektarbeit

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation spielen in unserer Arbeit eine herausragende Rolle. Denn Natur- und Umweltschutz kann nicht ohne den Menschen als Verbraucher gedacht werden und umgekehrt. Wir widmen uns der Kontrolle und Durchsetzung zahlreicher umweltbezogener Verbraucherschutzvorschriften gegenüber Handel und Industrie. Außerdem beraten wir Jahr für Jahr viele tausend Menschen, die sich an uns wenden.

Die Deutsche Umwelthilfe ist daher nicht nur ein Umwelt- und Naturschutzverband, sondern zugleich ein anerkannter, klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Das Bundesamt für Justiz prüft in regelmäßigen

Abständen, ob die DUH weiterhin die Voraussetzungen erfüllt, um auch vor Gericht die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vertreten. Das schafft für uns die Grundlage, die Einhaltung und Umsetzung umweltbezogener Verbraucherschutzgesetze und Verordnungen zu überprüfen, so zum Beispiel die Einhaltung der Abgasemissionen von Fahrzeugen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß oder die Kennzeichnung des Energieverbrauchs. Verstöße gegen diese für den Klimaschutz wichtigen Verbraucherschutzvorschriften verfolgt die DUH rechtlich. Etwa 38 Prozent unseres Projektaufwands entfallen auf Kosten für die Marktkontrolle, Emissionsmessungen und notwendige Gutachten, Rechtsverfahren der ökologischen Marktüberwachung, für Verbraucherberatung sowie für die verbraucherbezogene Projektarbeit in allen

### Bilanz zum 31.12.2021

Aktiva	2021 in €	2020 in €	Passiva	2021 in €	2020 in €
<b>Anlagevermögen</b>	289.806	290.256	<b>Eigenkapital</b>	2.384.320	1.727.518
<b>Umlaufvermögen</b>	8.603.675	6.522.298	<b>Rückstellungen</b>	1.082.075	1.045.174
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	39.304	58.543	<b>Verbindlichkeiten</b>	5.726.136	4.310.988
<b>Sondervermögen</b>	772.234	772.350	<b>Sondervermögen</b>	512.488	559.767
<b>Summe</b>	<b>9.705.019</b>	<b>7.643.447</b>		<b>9.705.019</b>	<b>7.643.447</b>

Fachbereichen (siehe Grafik Seite 28 oben). Dem stehen Einnahmen aus den Abmahngebühren gegenüber sowie Konventionalstrafen von Unternehmen, die zum wiederholten Male gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen. Zusammengenommen decken sie unsere Ausgaben für den Verbraucherschutz allerdings nur zum Teil.

### Mittelherkunft für künftige Projekte

Die Bilanzsumme ist deutlich auf 9,7 Millionen Euro angestiegen. Darin enthalten sind (unter Verbindlichkeiten ausgewiesen) zirka 4,6 Millionen Euro zweckgebundene Mittel, die für die zukünftige Projektarbeit bereitstehen. Hinzu kommt das Sondervermögen des Venture and Nature Fund in Höhe von 512.488 Euro, es dient der Finanzierung besonders zukunftssträchtiger Projekte. Einnahmen aus Erbschaften und ein moderater Haushaltsüberschuss haben es ermöglicht, auch das Eigenkapital, also die freien Rücklagen des Vereins, erheblich zu stärken.

### Jahresabschluss

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs für Kapitalgesellschaften. Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden danach im Haushalt erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht werden. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2021 geprüft.

### Mitarbeitende und Standorte

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum Ende des Jahres 2022 insgesamt 165 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, außerdem 15 studentische Aushilfen.

123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Berlin, 47 in der Geschäftsstelle Radolfzell, weitere vier in der Geschäftsstelle Hannover, fünf sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen. Seit September 2021 ist die Berliner Geschäftsstelle außerdem Einsatzstelle für das Freiwillige Ökologische Jahr und auch 2022 haben wir eine FÖJlerin beschäftigt.

Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. setzt sich aus dem Bundesvorstand, der fünfköpfigen Bundesgeschäftsführung, sechs Bereichsleitungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen. 153 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden nach einem

DUH-Gehaltstarif bezahlt, der mit der Vergütung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Das Durchschnittsgehalt (umgerechnet auf Vollzeit) der Leitungsebene lag im Jahr 2021 bei 99.700 Euro. Unsere Mitarbeitenden mit besonderer fachlicher Qualifikation und Verantwortung, wie zum Beispiel unsere Fachreferentinnen und -referenten, Senior Experts verdienen durchschnittlich 56.100 Euro. Alle anderen tariflichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, wie unsere Sachbearbeitenden im Verwaltungsbereich und Projektassistenzen der Fachbereiche hatten ein Durchschnittsgehalt von 44.000 Euro. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten eine betriebliche Altersvorsorge. Die neun Mitglieder des Vorstands erhielten für ihre Aktivitäten eine Aufwandsentschädigung von zusammen 35.000 Euro.

### Transparenz und Datenschutz

Die Deutsche Umwelthilfe trägt seit einer Reihe von Jahren das DZI-Spendensiegel. Dieses Siegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern. Dazu lassen wir uns alljährlich an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen. Zusätzlich bekennt sich die Deutsche Umwelthilfe zu den ethischen Richtlinien für das gemeinnützige Erbe und ist damit Trägerin des Erbschaftssiegels. Bereits im Jahr 2017 ist die DUH der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir stellen seitdem auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereit. Seit Anfang 2022 sind wir – entsprechend den gesetzlichen Vorgaben – im Lobbyregister des Deutschen Bundestages gemeldet.

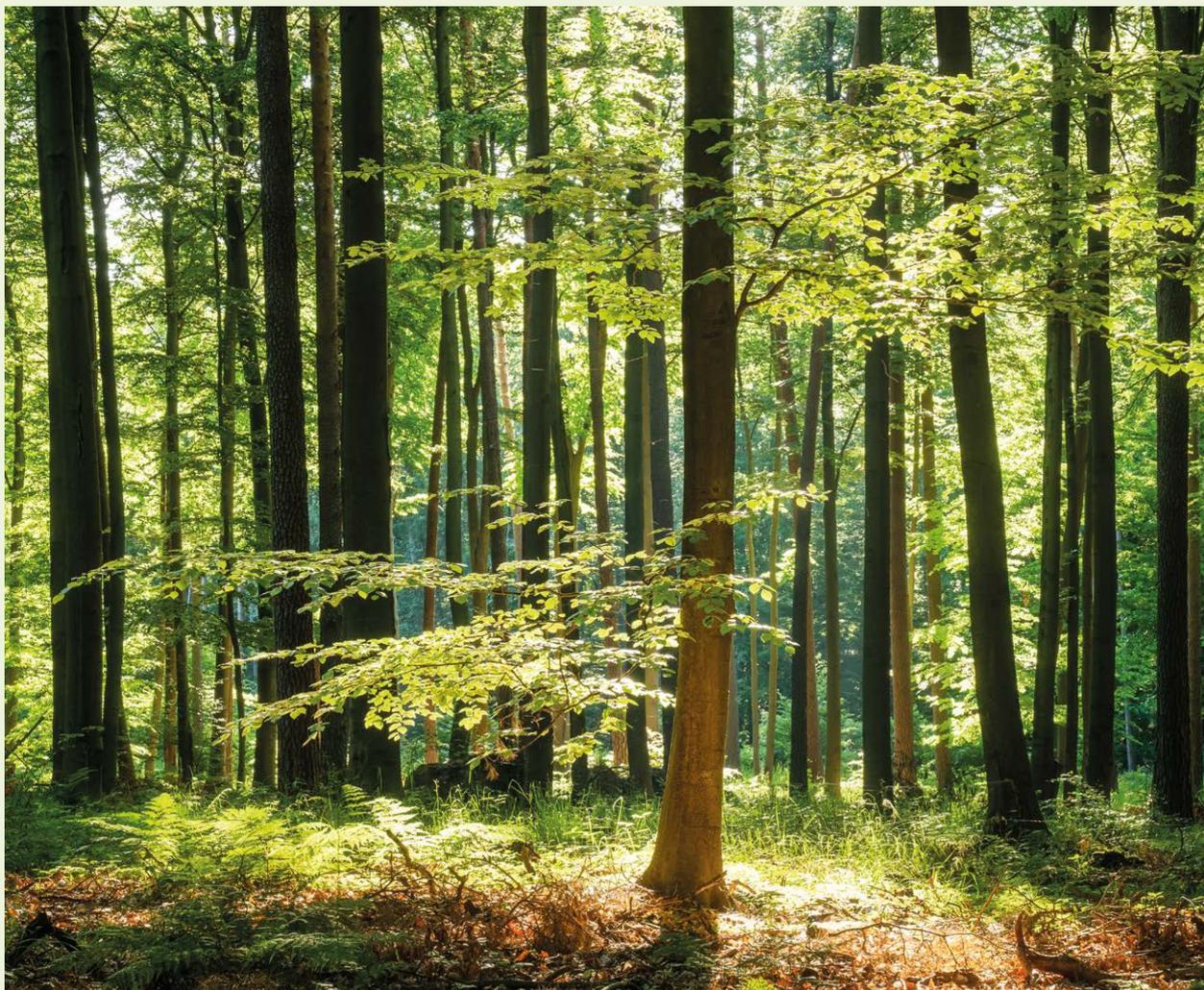
Mit ihren Datenschutzregeln setzt die DUH die Vorgaben der DSGVO für maximale Sicherheit aller verwendeten Daten um ([www.duh.de/datenschutz/](http://www.duh.de/datenschutz/)).





» Umwelt- und Klimaschutz sind unsere Mission – auch innerhalb unserer eigenen Organisation. «

Judith Paeper,  
Persönliche Referentin  
des Bundesgeschäftsführers



## Nachhaltig voran

Die Deutsche Umwelthilfe treibt die gesellschaftliche Transformation für Mensch, Natur, Umwelt und Klima in Deutschland entscheidend mit an. Selbstverständlich ist für uns daher, auch die Umwelt- und Klimaauswirkungen unserer eigenen Arbeit ständig zu überprüfen und zu minimieren. Ziel ist es stets, unsere Organisation und unser Handeln so umweltverträglich wie möglich zu gestalten.

**U**m das zu erreichen, gibt es bereits seit vielen Jahren bei der DUH eine ganze Reihe von Grundsätzen sowie Hilfestellungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das betrifft vor allem die Bereiche Beschaffung, Papier und Druck, Veranstaltungen und Catering, Mobilität und Energie. Und natürlich entwickeln wir uns kontinuierlich weiter, um Ressourcen zu schonen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen immer besser zu bewahren.



### Beschaffung

Beschaffungen für den Büroalltag werden so umwelt- und klimafreundlich wie möglich getätigt. Zuvorderst gilt dabei die Abfallhierarchie: Müllvermeidung vor Wiederverwendung vor Recycling. Außerdem gehen wir sehr bewusst mit dem Warentransport um. Das vor Ort gekaufte Material befördern wir größtenteils zu



Fuß, per Lastenfahrrad und in Mehrwegboxen. Wir erwerben, wenn möglich, unverpackte Waren oder zumindest Großpackungen, um Verpackungsmüll gering zu halten. Sofern in einem Produktbereich vorhanden, kaufen wir Waren mit Umweltsiegel. Bei unseren technischen Geräten setzen wir seit Jahren überwiegend auf Gebrauchtware. Zusätzlich gilt selbstverständlich: Reparatur vor Neukauf. Für trotz all dieser Vorkehrungen anfallenden Müll setzen wir natürlich auf optimale Trennung und fachgerechte Entsorgung. Und unser Fachbereich Kreislaufwirtschaft gibt immer wieder wichtige Impulse, wie wir unsere Richtlinie für nachhaltige Beschaffung noch weiter verbessern können.



### Papier und Druck

Wir bemühen uns, Papierverbrauch und Druckbedarf bei der DUH nachhaltig zu senken. Gerade dabei haben wir in diesem Jahr wichtige Fortschritte gemacht. So lösen in unserer Außenkommunikation digitale Formate wie beispielsweise Podcasts oder Live-Talks gedruckte Informationsangebote ab. Auch die DUHwelt stellen wir zunehmend auf eine digitale Ausgabe um. Intern ebnet derzeit die Einführung eines digitalen Dokumentenmanagementsystems den Weg in Richtung des „papierlosen Büros“. Dadurch ergeben sich entscheidende Einsparungen an wichtigen Ressourcen und CO<sub>2</sub>. Wo noch Papier verwendet wird, muss es dem Standard „Blauer Engel“ entsprechen. Im Regelfall ist es 100 Prozent Recycling-Papier. Für das Versenden unserer Briefe nutzen wir die GoGreen-Option der Deutschen Post.



### Gebäude und Energie

Die DUH ist mit ihren Geschäftsstellen und Projektbüros an sechs Standorten in Deutschland vertreten. Da unsere Büroräume allesamt Mietobjekte sind, haben wir auf den baulichen Zustand der Gebäude und die Heizsysteme keinen direkten Einfluss. Wir sind jedoch mit den Vermietenden regelmäßig im Gespräch zu energetischen Verbesserungen. An allen Standorten beziehen wir Öko-Strom aus regenerativen Energiequellen. Und in diesem Winter realisieren wir eine Absenkung der Heizung bis auf eine Raumtemperatur von 19 Grad. In unseren Büros nutzen wir energiesparende Beleuchtung und Bürotechnik. Zudem achtet das gesamte Team



### Mobilität

Für Dienstreisen hat die DUH klare Grundsätze. Zuerst steht immer die Prüfung, ob eine Dienstreise überhaupt notwendig ist, oder ob eine Telefon- oder Videokonferenz ausreicht. Mit Hilfe wichtiger Investitionen in unsere Kommunikationsinfrastruktur konnte die Zahl der Reisen pro Kopf in den vergangenen Jahren so deutlich reduziert werden. Erforderliche Dienstreisen werden so umwelt- und klimaschonend wie möglich geplant: Bahn und der öffentliche Nahverkehr haben hier den absoluten Vorzug. Nur in Ausnahmefällen wird eine Dienstreise mit dem Flugzeug angetreten. Dies gilt etwa bei Reisen, die überhaupt nicht mit der Bahn möglich sind oder bei denen nur ein Flug die Einhaltung wichtiger und nicht verschiebbarer Termine ermöglicht. In diesen Fällen werden Emissionszahlungen über den Anbieter atmosfair geleistet.

Auch für den Weg zur Arbeit und im privaten Umfeld unterstützt die DUH ein klima- und umweltfreundliches Verhalten der Mitarbeitenden. Dies geschieht über ein angebotenes Jobrad-Modell, über einen finanziellen Zuschuss zum ÖPNV-Ticket und über Bahn-Cards für jene, die dienstlich viel mit dem Fernverkehr der Bahn reisen. Keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter erhält einen Dienstwagen. Auf die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist lediglich ein Kraftfahrzeug zugelassen, das zur Begleitung der Abgasmessungen durch das Emissionskontroll-Institut benötigt wird.



### Veranstaltungen und Catering

Für das Catering unserer Veranstaltungen und Events haben wir umfangreiche Bio- und Regional-Vorgaben. Dies gilt auch für den Einkauf von Lebensmitteln. Zudem werden Lebensmittel zur Müllvermeidung, wo verfügbar, unverpackt oder zumindest in Großverpackungen gekauft und Getränke selbstverständlich in Mehrwegflaschen. Unsere Versorgungsrichtlinie regelt weitere Details, die auch Lebensmittelverschwendung vorbeugt.



## Gemeinsam bleiben wir dran!

Angesichts des Kriegs in der Ukraine und der damit einhergehenden Energiekrise hat die Politik den Umwelt- und Klimaschutz in diesem Jahr mehr und mehr verwässert. Fossile Technologien haben geradezu ein Comeback erlebt. Rufe werden lauter, die klimapolitischen Ziele unter dem Deckmantel der Versorgungskrise über Bord zu werfen.

**W**ir bleiben hartnäckig an unserer Aufgabe dran – dem Schutz von Umwelt, Klima und Natur. Viele Menschen haben uns dabei auch in diesem Jahr unterstützt und bildeten mit uns gemeinsam eine starke Stimme für den Umweltschutz:

**Danke an alle unsere Fördermitglieder**, die treu hinter uns stehen und uns dadurch Planungssicherheit geben. Dieser Rückhalt hat dazu beigetragen, dass wir nach jahrelanger Aufklärungsarbeit zu Mehrwegsystemen erreicht haben, dass neben der Fußball-Bundesliga der Herren nun auch fast alle Vereine der zweiten Liga auf umweltfreundliche Mehrwegbecher setzen.

**Danke an alle unsere Patinnen und Paten**, die unsere Klimaklagen oder unsere vielfältigen Arten- und Naturschutz-Projekte dauerhaft unterstützen. Mit Ihrer Hilfe

begleiten wir den Prozess hin zu einem EU-Gesetz gegen importierte Entwaldung und konnten dieses Jahr Versuche abwehren, den Gesetzentwurf der Kommission abzuschwächen.

**Danke an alle, die uns 2022 erneut oder zum ersten Mal mit einer Spende unterstützt haben** – gegen die Plastikflut, für Energieeffizienz, für Saubere Luft und vieles mehr. Diese Unterstützung hat uns geholfen, dass wir gemeinsam mit dem ökologischen Verkehrsclub VCD und der Stadt München endlich einen Vergleich für die Saubere Luft erzielt haben.

**Danke an alle, die sich an unseren Petitionen und Mitmach-Aktionen beteiligt haben**, um Druck auf Politik und Industrie auszuüben. Nur dank Ihrer Stimme konnten wir mit unserem Schmähpriis Goldener

Geier Nestlé dazu bewegen, sein in Einwegplastikflaschen abgefülltes Mineralwasser Vittel in Deutschland vom Markt zu nehmen. Gegen den Shell-Konzern, den Sie im Jahr 2022 zum dreistesten Umweltlügner gekürt haben, gehen wir mit einer Klage vor, um dieses Greenwashing zu beenden.

**Danke an alle, die mit einer Geschenkspende oder einer „Spenden statt Geschenke“-Aktion in ihrem Bekanntenkreis auf unsere wichtige Arbeit aufmerksam gemacht haben.** Danke an alle, die die Deutsche Umwelthilfe in ihrem Testament berücksichtigen und damit über ihr eigenes Leben hinaus zum Erhalt unseres Planeten beitragen.

**Danke an Sie alle für Ihre ganz individuelle und besondere Unterstützung!**

# Ihre Patenschaft fürs Klima wirkt

Als die Bundesregierung im Jahr 2019 um Deutschlands erstes Klimaschutzgesetz rang, war uns schnell klar: Alle Appelle aus Wissenschaft und Umweltbewegung für ein zügiges Tempo beim Klimaschutz verpuffen. Um die Politik auf schneller greifende Maßnahmen zu verpflichten, bleibt uns nur der Weg über die Gerichte.

**A**uch aus Ihrem Kreis, liebe Leserinnen und Leser, erhalten wir sorgenvolle Anfragen zur zögerlichen Klimaschutzpolitik. Heute stehen uns Viele von Ihnen mit einer Klimaklagen-Patenschaft zur Seite. Dafür danken wir Ihnen ganz herzlich! Ohne Sie könnten wir die aufwändigen Vorarbeiten für die Verfahren nicht leisten. Denn unter den öffentlichen Zuschussgebern finden wir dafür keine Unterstützer. So entstand die Idee, Paten zu suchen, die uns genau hier helfen. Zahlreiche Menschen sind zu uns gestoßen, die erkennen, dass Klagen ein hochwirksames Instrument sind und sich deshalb mit einem regelmäßigen Finanzierungsbeitrag engagieren. Sie tragen die Kosten für die Zuarbeit aus unseren Fachabteilungen, für eigene Juristinnen und die Vertretung durch unseren langjährigen Anwalt Remo Klinger wesentlich mit.

Dank Ihrer Unterstützung haben wir schon 2021 den historischen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts erwirkt, der dem Klimaschutz Verfassungsrang einräumt. Darauf aufbauend klagen wir auf verschiedenen Feldern fürs Klima, zuletzt im November gegen die Bundesregierung,

damit diese den Zustand von Ökosystemen verbessert. Denn nur intakte Wälder, Moore und Feuchtgebiete können Treibhausgase speichern. Auch in einigen Bundesländern sehen wir klimapolitischen Nachholbedarf. Wir freuen uns, dass unsere Klage gegen das Land Baden-Württemberg bereits im Herbst 2022 verhandelt wurde. Das Urteil folgt unserer Auffassung: Die Landesregierung muss endlich die gesetzlichen Anforderungen erfüllen und ein Konzept zum Klimaschutz beschließen.

Viele Klimaklagen-Paten pflegen einen regen Kontakt mit uns. Auf den Wunsch nach Austausch haben wir gerne reagiert und laden alle Klimaklagen-Paten jedes Jahr zu mehreren Live-Talks ein. Dann berichten Remo Klinger und Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über den aktuellen Stand der Klimaklagen und erläutern unsere Strategie. Im Live-Talk, der als Videokonferenz stattfindet, können Sie Fragen und Anregungen einbringen. Wenn Sie beispielsweise in einer Initiative mitwirken, die im eigenen Bundesland ein besseres Klimaschutzgesetz einfordert, teilen wir unsere Erfahrung mit Ihnen.

Dank Vernetzung optimieren wir alle unsere Wirksamkeit.

Dass Klagen ein scharfes Schwert sind, wird sicher das im November erlassene Urteil des Europäischen Gerichtshofs EuGH zu unserer Diesellklage mehrfach zeigen. Wir freuen uns über den Doppelerfolg: Der EuGH bezeichnet nicht nur die temperaturgesteuerten Dieselschalteinrichtungen als rechtswidrig, sondern legt Deutschland auf, die Klagebefugnis von NGOs auszuweiten. Zukünftig wird es möglich, dass Umweltverbände gegen Pkw-Typen-, Pestizid- oder ganz andere Produktzulassungen klagen. Noch dazu profitieren vom EuGH-Urteil die Gesundheit und auch das Klima: Es mindert Dieselruß, einen äußerst aggressiven Klimaschadstoff!

Den letzten Live-Talk schloss Jürgen Resch mit einer persönlichen Einschätzung, die viel Mut macht: „In anderen Ländern sind Medien und Justiz ausgeschaltet, aber hierzulande können wir diese Kräfte aktivieren. Und es gibt eine großartige Zivilgesellschaft, die wichtige soziale Aufgaben stemmt und den Umweltschutz voranbringt.“



Vor dem Landgericht München hat die Verhandlung unserer Klimaklage gegen BMW begonnen. Sie geht nun in die nächste Instanz. Vorne, v.l.n.r.: Jürgen Resch und Barbara Metz aus der Bundesgeschäftsführung treten als Kläger auf, Rechtsanwalt Prof. Dr. Remo Klinger vertritt sie.

# Das Team der DUH

## Bundesvorstand

**Prof. Dr. Harald Kächele,**  
Vorsitzender  
**Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,**  
Stellvertretender Vorsitzender  
**Burkhard Jäkel,**  
Stellvertretender Vorsitzender  
**Susanne Gerstner**  
**Prof. Dr. Margit Mönnecke**  
**Prof. Dr. Jens Pape**  
**Michael Rothkegel**  
**Dr. Martin Schmidt**  
**Susanne Schubert**

## Bundesgeschäftsführung

Barbara Metz  
Sascha Müller-Kraenner  
Jürgen Resch

## Mitglieder der Bundesgeschäftsführung

Ulrike Voß  
Matthias Walter

## Bundesgeschäftsstellen

**Bundesgeschäftsstelle Radolfzell**  
Leiterin: Sandra Hohmann  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Telefon 07732 9995-0  
Telefax 07732 9995-77  
E-Mail: info@duh.de

## Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Babett Böhme  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Telefon 030 2400867-0  
Telefax 030 2400867-19  
E-Mail: berlin@duh.de

## Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabi Fiedler  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Telefon 0511 390805-0  
Telefax 0511 390805-19  
E-Mail: duh-nord@duh.de

## Regionalverbände

**Regionalverband Süd**  
Ansprechpartnerin: Eva Schmid  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Telefon 07732 9995-0  
Telefax 07732 9995-77  
E-Mail: duh-sued@duh.de

## Regionalverband Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Telefon 030 2400867-0  
Telefax 030 2400867-19  
E-Mail: duh-ost@duh.de

## Regionalverband Nord

Ansprechpartnerin: Gabi Fiedler  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Telefon 0511 390805-0  
Telefax 0511 390805-19  
E-Mail: duh-nord@duh.de



Foto: Holzmamm/DUH

## Projektbüros

### Projektbüro „Lebendige Elbe“

Poststraße 7  
06366 Köthen  
Telefon 03496 21000-9  
Telefax 03496 21000-8

### Projektbüro Erfurt

c/o KrämerLoft  
Bahnhofstr. 16/Büßleber Gasse  
99084 Erfurt  
Telefon 0361 30254910

### Projektbüro Wolgast

Breite Str. 26  
17438 Wolgast  
Telefon 03836 2798966

## Mitgliederversammlungen

Die Mitgliederversammlungen der Regionalverbände der Deutschen Umwelthilfe e.V. finden in 2023 wieder in Präsenz statt. Wir freuen uns auf ein persönliches Wiedersehen vor Ort! Weitere Informationen zu den Mitgliederversammlungen erhalten Sie bei den unten genannten Kolleginnen.

### ■ Regionalverband Süd (Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland):

**Freitag, 03. März 2023 in Stuttgart**

Eva Schmid | schmid@duh.de

### ■ Regionalverband Nord (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein):

**Samstag, 11. März 2023 in Hannover**

Gabi Fiedler | fiedler@duh.de

### ■ Regionalverband Ost (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin):

**Donnerstag, 16. März 2023 in Berlin**

Ines Wittig | wittig@duh.de



## IMPRESSUM

### Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V.

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de

■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch ■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer, Andrea Kuper

■ **Autorinnen und Autoren:** Reinhild Benning, Sven Bergau, Nadine Bethge, Sascha Boden, Paula Brandmeyer, Thomas Fischer, Kathrin Anna Frank, Anna-Lena Franke, Maren Haase, Michael Hadamczik, Daria Junggeburth, Tina Lutz, Ilka Markus, Robert Mathias, Anne Meyer-Rath, Leonie Netter, Judith Paeper, Leonie Pilgram, Steffen Preuninger, Julia Pulcher, Agnes Sauter, Antje Techen, Matthias Walter, Rupert Wronski, Markus Zipf

■ **Gestaltung:** Claudia Kunitzsch

■ **Redaktionsschluss:** 05. Dezember 2022

*In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.*

■ **Druck:** Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues

■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell

■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier**

■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45370205000008190002 | SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

*Die Deutsche Umwelthilfe wird von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.*



© marchoffmann/Fotolia.com

## Helfen Sie mit!



Deutsche Umwelthilfe

Natur und Umwelt brauchen einen starken Anwalt. Wir müssen **jetzt** handeln, damit auch zukünftige Generationen eine lebenswerte Umwelt haben. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für:

- intakte Ökosysteme, Artenvielfalt und Wildnis
- saubere Luft und Klimaschutz
- Müllvermeidung und Recycling
- eine bezahlbare Energie- und Verkehrswende
- verantwortlichen Konsum und ökologische Produkte
- Umweltgerechtigkeit und „Grün“ in Kommunen
- die Durchsetzung von Verbraucherrechten
- eine gesunde und ökologische Lebensweise

Machen Sie uns stark. Jetzt online Fördermitglied werden!

## Vielen Dank!

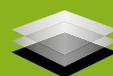
[www.duh.de/  
foerdermitglied](http://www.duh.de/foerdermitglied)



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | [info@duh.de](mailto:info@duh.de) | [www.duh.de](http://www.duh.de)  
Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX

**GOGREEN**

Wir versenden klimafreundlich  
mit der Deutschen Post



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

